

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 Mk.
(davon 27 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im Voraus zahlbar.
Postbezug 3,97 Mk. einschließlich 80 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbefreiungsbühren. Auslandsbezug 4,85 Mk. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Druckpostporto 4,55 Mk.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Soll und Seil“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Dienstag
2. Februar 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseit. Millimeterzeile 30 Pf. Reklamazeile 2.— Mk. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf. (ausföhrlich zwei festgedruckte Worte, jedes weitere Wort 10 Pf., Rabatt 11. April. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Millimeterzeile 25 Pf., Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, wochenttäglich von 9^{1/2} bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhof (A 7) 299-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volkscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Tel. S. u. D. 28. - Depofitenk., Jerusalemstr. 10. 65-66.

Nanking wird beschossen!

Nach dem Grobhafen die Hauptstadt!

Washington, 2. Februar.

Der amerikanische Zerstörer „Simpson“ benachrichtigte das Marineamt, daß ein japanischer Kreuzer Nanking beschiesse.

In der Stadt Nanking brach eine Panik aus. Alle Läden wurden geschlossen. Der englische und amerikanische Generalkonsul rieten ihren Staatsangehörigen, Nanking schleunigst zu verlassen. Der Bürgermeister von Nanking bat den japanischen Generalkonsul, für Einstellung der Beschießung zu sorgen. Der Generalkonsul wies demgegenüber darauf hin, daß das japanische Geschwader nicht ihm unterstehe und er daher der Bitte des Bürgermeisters nicht entsprechen könne. Ueber die Zahl der Opfer der Beschießung ist noch nichts bekannt.

Japanische Marinetruppen gelandet.

London, 1. Februar.

(Neuter.) Ueber die japanische Landungsaktion bei Nanking wird in einem Telegramm mitgeteilt, daß die japanischen Kriegsschiffe um 23.15 Uhr Eröfzeit begonnen haben, Nanking mit Geschüßfeuer zu beschießen. Die japanischen Marinesoldaten wurden im Schutze heftigsten Sprengfeuer an Land gebracht. Erbitterte Kämpfe sind im Gange.

Vor Nanking liegen vier japanische Kreuzer und drei Zerstörer, während die Chinesen dort drei Kanonenboote, die Vereinigten Staaten und Großbritannien je ein Kanonenboot liegen haben.

Wenn in Schanghai antijapanische Demonstrationen und angebliche Ausschreitungen gegen Japaner zur „Begründung“ herhalten mußten, um alle Schreden moderner Völkervernichtung gegen die Bewohner der größten Hafenstadt Chinas zu entfesseln, so fehlt für die Beschießung seiner Hauptstadt

selbst der leiseste Schatten auch nur einer solchen Lügenbegründung.

Auf seiner Pariser Tagung im September hat der Völkerrundrat die Entsendung einer Untersuchungskommission nach der Mandchurei beschlossen. Jetzt im Februar ist es damit glücklich so weit, daß diese internationale Reisegesellschaft in den nächsten Tagen abfährt — aber nicht etwa auf dem kürzeren Weg über Rußland, wobei die Unterbrechung des mandchurischen Eisenbahnverkehrs als Ausrede dient, sondern über Amerika.

Japaner auch in Kanton gelandet?

Nach einer Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion wurden am Montag in Kanton 600 japanische Matrosen an Land gesetzt. Die Matrosen übernahmen sofort die Bewachung des japanischen Konsulats und der anderen Staatsgebäude.

Ultimatum an Swatau

Tokio, 1. Februar.

Der japanische Generalkonsul übermittelte den Behörden in Swatau, wie jetzt erst bekannt wird, ein auf 48 Stunden befristetes Ultimatum, in dem verlangt wird, daß alle japanfeindlichen Vereinigungen sofort aufgelöst und umfangreiche Maßnahmen zum Schutze des japanischen Handels getroffen werden. Falls die Forderung bis Montag abend nicht erfüllt sein sollte, werde Swatau von japanischen Marinetruppen besetzt werden. Die Antwort der Chinesen ist noch nicht bekannt. Vier japanische Zerstörer sind nach Swatau unterwegs.

Die Schanghai-Untersuchung.

Genf, 1. Februar. (Eigendericht.)

Auf Anfrage des Generalsekretärs hat die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Teilnahme an der Untersuchungskommission der Ratsmächte in Schanghai zugesagt. Chinesen und Japaner geben weiter völlig widersprechende Darstellungen über die kriegerischen Ereignisse.

Weimar in Madrid.

Die spanische Verfassung in Kraft.

Seit dem 9. Dezember 1931 besitzt Spanien eine republikanische Verfassung, seit dem 10. Dezember einen Präsidenten der Republik. Diese beiden Tage waren Feiertage, die die spanische Nation als ein Jubelfest beging. Vom Präsidenten der Cortes Constituyentes (Verfassungsgebenden Nationalversammlung) Genossen Julian Besteiro, dem Parteivorsitzenden und Professor der Philosophie an der Madrider Universität, begleitet, fuhr der neugewählte Präsident Alcalá-Zamora y Castillo im Triumph durch die Hauptstadt. Heer, Marine und Polizei huldigten ihm und damit der Republik. Die Bedürftigsten wurden an diesem Tage bewirtet und gekleidet und zu Festvorstellungen geladen. Gleichzeitig wurde eine allgemeine Amnestie erlassen. So wurde der Freude über die Wahl des Mannes Ausdruck verliehen, der sein großes Vermögen im Kampfe gegen die Diktatur, gegen die Felonie des Königs geopfert und trotz seiner Vergangenheit als Minister des Königs sein Leben in gemeinsamer Sache mit den sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Führern in die Schanze geschlagen, um der revolutionären Volksbewegung zum Siege zu verhelfen; zugleich kam die Freude über die Verfassung zum Ausdruck, die zum ersten Male in der Geschichte Spaniens allen arbeitenden Menschen der Nation das Bürgerrecht gesichert hat.

In dem ersten Absatz des ersten Artikels über „die nationale Struktur“ erklärt die Verfassung, daß „Spanien eine demokratische Republik von Arbeitern“ sei. Der geistreiche Philosoph José Ortega y Gasset, der in der deutschen Wissenschaft gründlich zu Hause ist und der sich jetzt der aktiven Politik widmet, wehrte sich vergeblich gegen den Zusatz „von Arbeitern“. Ortega meinte, daß die Verfassung nichts versprechen solle, was sie nicht halten könne, und daß die Nation nicht nur aus Arbeitern bestehe. Aber der bekannte Schriftsteller Luis Araquistain führte in einer historisch-soziologischen Rede vor den Cortes aus, der Zusatz „von Arbeitern“ nicht im sowjetrussischen oder im faschistischen Sinne zu deuten sei, sondern nur so, daß Spanien eine Republik von Arbeitenden in aller Klassen und von der eigenen Arbeit lebenden Volksgenossen sei, eine Republik, welche die Arbeitenden würdigt und schützt. Deshalb sind auch nur bei den städtischen und staatlichen Arbeitern gewerkschaftliche Rechte gegen den Willen der sozialistischen Partei soweit eingeschränkt worden, daß ihnen das Streikrecht nicht zusteht.

Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und den Arbeitnehmern ist durch ein besonderes aus 94 Artikeln bestehendes Gesetz über den Arbeitsvertrag (Ley de contrato de trabajo) geregelt worden. Es trägt die Unterschriften des Ministerpräsidenten Azana und des Ministers für Arbeit und soziale Fürsorge Genossen Largo Caballero, des Generalsekretärs der freien Gewerkschaften Spaniens. Caballero hatte den Mut, dieses Gesetz als „das Wert eines Sozialisten, aber als nicht sozialistisch“ zu bezeichnen. Jedoch sichert dieses Gesetz dem spanischen Arbeiter soziale Errungenschaften, die der Weimarer Verfassung entnommen sind. Es stellt Arbeitgeber und Arbeitnehmer juristisch gleich, und ebenso in der Landwirtschaft. Gesetze über die Sozialversicherung werden folgen. Der Staat schützt die Arbeit, um jedem, auch dem im Ausland lebenden Bürger ein Existenzminimum zu sichern. Die Arbeit spielt in der Verfassung der vornehmste Rolle. Gemäß Artikel 48 soll die Arbeit der Mittelpunkt sein, um den sich auch der Schulunterricht dreht. Die Verfassung erkennt die Gewerkschaften als Organe des öffentlichen Rechtes an und sichert ihnen die Mitwirkung an der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Staates.

Das Eigentum ist verfassungsmäßig in seinen individuellen und kollektiven Formen zulässig, sofern es eine soziale Funktion erfüllt. Jede gewaltsame Enteignung ist zu vergüten. Sozialisierungen sind mit einer einfachen Parlamentsmehrheit durchzuführen.

Was das Schulwesen betrifft, hat der Staat auch für den höheren Unterricht der unbemittelten Bevölkerungsschichten Sorge zu tragen. Der Religionsunterricht ist auf Wunsch zulässig und kann vom Lehrer, wenn dies im Einklang mit seinem Gewissen steht, erteilt werden. Eine „Staatsreligion existiert nicht“. Die katholische Kirche wird, gleich allen anderen Konfessionen, einem besonderen Gesetz unterworfen werden. Dieses wird den Verfassungsartikel 24 zur Grundlage haben, der folgendes besagt: „Alle Konfessionen sind als Vereine anzusehen. Eine finanzielle Unter-

Unsere Parole: 1000 Versammlungen in den nächsten Wochen!

Dienstag, den 2. Februar:

- 20. Kreis, Reinickendorf: 20 Uhr, im Strandschloß in Tegel. Redner: Dr. Richard Mischler.
- Bezirksamt Wedding und Virchow-Krankenhaus: 16^{1/2} Uhr, Hochschulbrauerei, See-Ecke Amrumer Straße. Redner: Carl Litke, MdR.
- Zentraler Magistrat: 19^{1/2} Uhr, Musikerväle, Kaiser-Wilhelmstraße 31. Redner: Stadtrat Dr. Heuer.
- Betriebswerkstätte Nordsüd, Müllerstraße: 16 Uhr, Lokal Steinecker, See-Ecke-Müllerstraße. Redner: Kurt Löwenstein, MdR.
- Bahnhof 2, Müllerstraße; Bahnhof 6, Tegel; Bahnmeisterlei Sellenstraße: 19 Uhr, Gelber Saal, Hochschulbrauerei, See-Ecke Amrumer Straße. Redner: Eduard Zachert, MdL.
- Hauptwerkstatt Grunowald: 16 Uhr, Spandauer Bock. Redner: Stadtrat Otto Ortmann.
- Bahnhof 16, Königin-Elisabeth-Straße: 19 Uhr, Schellbach, Charlottenburg, Königin-Elisabeth-Straße 6. Redner: Karl Hanebuth (Einheitsverband der Eisenbahner).
- Hauptwerkstatt Treptow: 16 Uhr, Rennbahn, Treptow, Eisenstraße 115/116. Redner: Paul Eckert.
- Bahnhof 20, ABOAG-Hof Treptow, Bahnmeisterlei 11: 19 Uhr, Rennbahn, Treptow, Eisenstr. 115/116. Redner: Gustav Eckhardt.
- Hauptwerkstatt Uferstraße: 16 Uhr, Löwenbrauerei, Hochstraße 1. Redner: Franz Künstler, MdR.
- Bahnhof 15, Oberschöneweide; Bahnhof 26, Köpenick; Bahnmeisterlei 10; ABOAG, Köpenick: 19 Uhr, Keglerheim Schulze, Köpenick, Müggelheimer Ecke Wendenschloßstraße. Redner: Hans Flieger.

- Bahnhof 24, Lichtenberg; Bahnmeisterlei 9: 19 Uhr, Lokal Tempel, Friedrichsfelde, Prinzenallee 45. Redner: Dr. Fritz Schloß.
- Bahnhof 10, Schöneberg; Bahnhof 11, Hindenburgdamm; Bahnhof 13, Halensee: 19 Uhr, Schellhase, Steglitz, Ahornstr. 15a. Redner: Jahn (Einheitsverband der Eisenbahner).
- Bahnhof 12, Wiebestraße; ABOAG, Holmholtstraße: 19 Uhr, Arminiusäle, Bremer Straße 72/73. Redner: Dr. Franz Neumann.
- Bahnhof 3, Nordend: 19 Uhr, Sanssouci, Kaiser-Wilhelmstr. 43 in Pankow. Redner: Karl Dressel.
- Bahnhof 1, Reinickendorf; ABOAG, Usedomstraße: Löwenbrauerei, Hochstr. 1. Redner: Marie Kunert, MdR.
- Bahnhof 22, Weißensee; ABOAG, Weißensee; Bahnhof 25, Kniprodestraße: 15 Uhr, Seifert, Weißensee, Lichtenberger Straße 15b. Redner: Gustav Schaum (Gesamtverband).
- Bahnhof 28, Spandau: 19 Uhr, „Roter Adler“, Spandau, Potsdamer Straße. Redner: Dr. J. Moses, MdR.
- Verkehrspersonal U-Bahn: 19 Uhr, Lokal Krüger, Tempelhofer Ufer 30. Redner: Lorenz Bräunig.
- Technisches Personal U-Bahn Bam. S.M. und Ufo: 15 Uhr, Kammersäle, Teltower Str. 1/3. Redner: Karl Oltersdorf.
- Angestellten-Fraktion der BVG. und Nord-Süd-Bahn A.G.: 19 Uhr, Kammersäle, Teltower Straße 1/3. Redner: Professor Chajos, MdL.
- Bahnhof 5, Tempelhof; Bahnhof 14, Kreuzberg; Bahnhof 17, Britz; Oberleitung, Markusstraße: 19 Uhr, kleiner Saal Bockbrauerei, Fildinstraße. Redner: Dr. S. Drucker.
- Hauptlager Grängel: 16 Uhr, Heese, Reinickendorf-West, Berliner Straße 73. Redner: Bruno Lüsche.
- Stadtgut Albertshof: 17^{1/2} Uhr. Redner: Genosse Heymuth.

(Weitere Versammlungen siehe 1. Beilage)

Um die Winterhilfe.

Die Forderung der Sozialdemokratie nach Erweiterung.

Der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wegen der Erweiterung der Winterhilfe an den Reichsarbeitsminister gerichtete Brief hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

Die Ausführung der Winterhilfe für Erwerbslose erfolgt innerhalb von Grenzen, die gewisse bedürftige Kreise von den Möglichkeiten eines verbilligten Bezuges von Kohle und Fleisch vollkommen ausschließen. Es handelt sich hier

1. um Kurzarbeiter mit Anspruch auf Kurzarbeiterunterstützung;
2. um alle Unterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge, für die keine Familienzuschläge gezahlt werden;
3. um Empfänger von Unterstützungen aus der öffentlichen Fürsorge und Zuschauempfehlungen, die keinen eigenen Haushalt führen;
4. um diejenigen Erwerbslosen, die keine Unterstützung beziehen.

Die Empfänger von Kurzarbeiterunterstützung sind nach den geltenden Bestimmungen von den Winterhilfsmassnahmen vollkommen ausgeschlossen. Diese Kurzarbeiter müssen aber auch in den Genuss der Verbilligungsmassnahmen der Reichsregierung kommen. Der Ausschluss von Kurzarbeitern bedeutet fast immer eine unbillige Härte. Gibt es doch z. B. im rheinisch-westfälischen Industriegebiet Empfänger von Kurzarbeiterunterstützung, die schon seit über einem Jahr kaum mehr als drei Arbeitsschichten wöchentlich ausweisen können. Das Einkommen dieser Leute liegt häufig unter den Sätzen der Erwerbslosenversicherung. Durch die Ausschließung von den Winterhilfsmassnahmen werden diese Kurzarbeiter nicht selten schlechter behandelt, als die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung.

Aber auch die Ausschließung der Ledigen bzw. der Personen, die keinen eigenen Haushalt führen, von der Winterhilfe stellt eine Härte dar, die in vielen Fällen unbillig erscheint. Denn die Bedürftigkeit solcher Erwerbsloser wird sich in den meisten Fällen kaum bestreiten lassen.

Schließlich erscheint es auch ungerecht, schematisch alle die Erwerbslosen von der Winterhilfe auszuschließen, die keinen formalen Anspruch auf Unterstützung haben. Der Unterstützungsanspruch dieser Personen besteht meistens nur deshalb nicht, weil sie Angehörige haben, deren Einkommen die Unterstützungsgrenze übersteigt. Ihre Ausschließung von Unterstützungsansprüchen ist wohl hauptsächlich auf finanzielle Gründe zurückzuführen. Hieraus zu schließen, daß diese Erwerbslosen nicht bedürftig sind, scheint verfehlt.

Wie der Völkerbund handelt.

Um Minderheitenrechte.

Einstimmig hat der Völkerbundsrat die Beschwerden der ukrainischen Minderheit gegen die polnische Regierung abgemessen, wie das der Japaner Sato als Berichterstatter beantragt hatte.

Die polnische Regierungspresse feiert diesen Beschluß als eine mahnhaltende Tat, während sie eben noch die Untüchtigkeit des Rates gegen den Raubkrieg Japans in China kritisiert hatte. Außenminister Jatocki rät in einem Interview den Beschwerdeführern, sich doch lieber an die polnische Regierung als nach Genf zu wenden. Das ist ein um so wertvoller und besonders wohlmeinender Rat, da diese Regierung alles tut, um die Ukrainer zu Polen zu machen, ihr Widerstreben mit Raubprojekten und geradezu asiatischen Strafexpeditionen beantwortet und das Wahlrecht ihrer Bürger (ohne Unterschied der Nation) durch Terror à la Brest-Litowsk merkt und wirkungslos gemacht hat!

Aus dem Chor der so befriedigten Warschauer Regierungspresse hebt sich die Stimme des ehemals demokratischen „Kurjer Polski“ hervor. Danach ist der Bericht Satos über die Ukraine auch durch die Haltung des Völkerbundes zum chinesisch-japanischen Konflikt beeinflusst worden; es hätte in Genf ein ausgesprochenes Junktim zwischen dem mandchurischen Konflikt und der ukrainischen Angelegenheit bestanden.

Das heißt ganz klar: es war ausgehandelt, daß der Rat nichts gegen Japan und dieses nichts gegen den Rat tue. Nun wäre es ja sicher nicht dem Völkerbund abträglich, wenn hilfebedürftigen Minderheiten geholfen würde — aber das wäre Regierungen unangenehm, die Minderheitsvölker knechten und denen ihre Verbündeten auch dann beistehen, wenn sie selbst von solchen Fragen frei sind. In diesem Sinne war ja auch die Betrauung Japans mit der Berichterstatterstellung bezeichnend, da Japan sich durch die Behandlung des ihm ausgelieferten Korea besonders zum Schützer von Minderheitsvölkern qualifiziert.

Wenn der Völkerbund nach seinem Versagen in China nun auch noch zeigt, daß er seine zweite Aufgabe nach der Kriegsverhütung, den Minderheitenschutz ebensomenig erfüllt — was bleibt da noch von Ansehen und Vertrauen übrig?

Geballter Cäsarenwahn.

Mussolini spiegelt sich in Napoleon.

Weimar ist die Stätte der klassischen deutschen Dichtkunst. In Weimar wurden einst die Dramen Schillers und Goethes uraufgeführt. In Weimar erwies Napoleon auf der Durchreise dem Genius Goethes seine Reverenz. Aber er kam nicht auf die lächerliche Idee, einem Goethe Konkurrenz zu machen.

Die Zeiten ändern sich. Heutzutage gilt der Theaterspieler mehr in der Politik als der Staatsmann. Darum hat Mussolini ein Napoleondrama geschrieben, und in Weimar ist es am Sonnabend uraufgeführt worden. Teils belächelte Mussolini sich in der Figur Napoleons zu bespielen, teils beabsichtigte er der Welt zu zeigen, wie sehr er diesem Napoleon an staatsmännlicher Weisheiten überlegen ist. Napoleon hat nämlich Fehler gemacht und ist daran zugrunde gegangen. Nach Mussolinis Geschichtsauffassung hat Napoleon der blöden Masse immer noch viel zu viel Einfluß auf die Staatsmaschine eingeräumt. Mussolini dagegen macht keine Fehler (nach seiner Ansicht). Ein altes griechisches Sprichwort sagte: Niemand ist vor seinem Tode glücklich zu preisen.

Mussolini wird sich indes einige Fehler gestatten dürfen. In der Lage sah nämlich schon einer als Zuschauer, bereit, das aladem fällige Mussolini-Drama zu schreiben und in diesem nachzuweisen, um wieviel er Mussolini an staatsmännlichem Können übertrifft.

Der Name dieses Zuschauers war Adolf Hitler.

Jonathan.

Hitlers Chart.

„Die Struktur MEINER Chart ist eine andere als die des „Stahlhelms.“ Hitler an Seidie.



SEINE S.A...

SEINE ESSART!

Die Eisernerne Front der Landarbeiter.

3000 Versammlungen im Monatsdurchschnitt.

Die im Deutschen Landarbeiter-Verband organisierten Landarbeiter sind gewissermaßen die Vorposten der Eisernen Front. Sie sind die Truppe, die auf vorgeschobenen Posten dem ersten Ansturm der Gegner der Arbeiterbewegung trohen muß. Gutsbesitzer, Gutsinspektoren und deren Freunde finden heute, daß die Nazis ihre richtige Vertretung sind. Die Sprache der Nazis ist ihre Sprache.

Die Herren Ritterguts- und Fideikommissbesitzer mit den Laufenden von Morgen Land wissen ganz genau, worum sie sich für die Nazis und das sagenumwobene Dritte Reich einsetzen.

Beides soll den Besitzern auf dem Lande das bringen, was bisher weder der Landbund, noch der Stahlhelm, noch die Deutschnationale Volkspartei bringen konnten, nämlich die härteste Unterdrückung jeder freiheitlichen Bewegung des Lohnarbeitenden Volkes, die Unterdrückung jeder selbständigen Vertretung der eigenen Rechte in Organisationen.

Darum arbeiten die gemettschaftlich organisierten Land- und Forstarbeiter, die Weinbergarbeiter und die Kelter, alle Berufsgruppen in der Landwirtschaft, nicht nur seit Monaten, sondern seit Jahren in aller Stille, aber mit verbissenem Troß gegen diese brutale aller reaktionären Fronten. Zäh wird gerungen um jeden Fußbreit Boden. Zäh ist der Gegner, aber noch zäher, eisern in ihrem Willen, sind die jahrzehnte-, jahrhundertlang unterdrückten Landarbeiter.

3000 Versammlungen im Monat sind nur das äußere Zeichen ihrer Arbeit.

In rund 150 Kreisgruppen des Deutschen Landarbeiter-Verbandes

werden von den angestellten Kreisleitern, den ehrenamtlichen Kreisvorstandsmitgliedern und Bezirksführern an jedem Sonnabend und Sonntag mindestens drei Versammlungen abgehalten. Kaum ein Wochentag vergeht, an dem nicht weitere Versammlungen stattfinden.

Nicht genug damit, Sonntag für Sonntag ellen Stoßtrupps von besonders geschulten Verbandsmitgliedern von Dorf zu Dorf, von Haus zu Haus und wirken in mühseliger Kleinarbeit durch mündliche Aufklärung oder Uebergabe von Flugblättern für den Vormarsch der freiheitlichen Arbeiterbewegung, für die Wemehr der Nazisuche.

Sie arbeiten in dem ostelbischen reaktionären Winkel, sei es Ostpreußen, Pommern, Brandenburg oder Schlesien. Sie arbeiten aber auch hoch im Gebirge, im Bayerischen Wald, im Erzgebirge, im Riesengebirge. Es gibt kein Waldgebirge, wo nicht diese Stoßtrupps zu finden sind, um bei den Forstarbeitern zu werben. Am Rhein, an der Mosel, in der Pfalz gibt es, die Weinbergarbeiter in die Front einzureihen.

Stundenweite Wege — was sind acht Stunden Fußweg in den bahnenlosen Gebieten des Großgrundbesitzes oder manchen deutschen Mittelgebirges — werden bei jedem Wetter zurückgelegt. Schlecht ernährt, schlecht gekleidet sind diese Kämpfer, die auch in der Mehrzahl keine Arbeit haben.

Das sind die Kämpfer der Eisernen Front auf dem Lande! Diese Kämpfer haben den Ansturm des Kapp-Putsch überstanden, sie werden auch die nationalsozialistische Flut zum Stillstand bringen. Für sie gilt das Lied: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte...“

Der französische Parteitag.

Wahlprogramm und -taktik.

Paris, 1. Februar. (Eigenbericht.)

Der außerordentliche Kongress der sozialistischen Partei hat nach zweitägiger Beratung einstimmig die von Leon Blum dargelegte Wahlplattform und fast einstimmig eine Entschliessung über die Wahltaktik angenommen, in der es heißt: Die sozialistische Partei muß in allen Wahlkreisen in den Kampf gehen. Die Parteiverbände, die aus rein materiellen Gründen außerstande sein sollten, dies zu tun, müssen darüber den ständigen Verwaltungsausschuß unterrichten, um mit ihm Mittel zu suchen, die die Durchführung des von der Partei befolgten Prinzips sicherzustellen. Die Benachrichtigung muß rechtzeitig, spätestens drei Tage nach der offiziellen Bekanntgabe des Wahlbaltums erfolgen. Der Kongress vertraut den Parteiverbänden, daß sie

in der Stichwahl gegebenenfalls den sozialistischen Kandidaten zugunsten jenes Kandidaten zurückziehen, der die größte Aussicht hat, die Reaktion zu schlagen.

Die Wahltaktik gilt nur für den Fall, daß das Mehrheitswahlsystem in Kraft bleibt. Sollte das Parlament die Wandelsche Wahlreform billigen, so wird der dazu ermächtigte Landesauschuß der Partei einberufen, um im Interesse des Sozialismus und der Arbeiterklasse eine neue Wahltaktik festzulegen.

Schließlich wurde eine vom Abg. Roulet eingebraachte

Protesterklärung gegen den chinesisch-japanischen Krieg angenommen.

Die die Arbeiterklasse in allen Ländern aufordert, von ihren Regierungen zu verlangen, daß sie energisch für die Regelung des Konflikts durch ein Schiedsgericht eintreten und im Notfall die im Völkerbundsprotokoll vorgesehene Sanktionen angewendet werden, damit China und Japan nicht den Völkerbundsprotokoll, das Washingtoner Abkommen von 1923, den Kellogg-Pakt und das allgemeine Schiedsgerichtsabkommen als Papierfetzen behandelt.

Der Naziverrat an Südtirol.

Hitler-Dementi widerlegt.

Die christlichsoziale Tiroler Presse hatte vor einigen Wochen mitgeteilt, daß Hakenkreuzler am faschistischen Siegesdenkmal in Bozen einen Kranz niedergelegt haben. Die Hakenkreuzler bestritten mühselig diese Meldung. Die Tiroler Christlichsozialen haben nun auf Grund „verlässlicher Erhebungen“ unter anderem festgestellt,

daß es Personen gibt, welche die nationalsozialistische Huldigung vor dem Siegesdenkmal wie das Hakenkreuz unter dem Huldigungszelchen wahrgenommen haben wollen.

In der Krypta des Siegesdenkmals ist das früher dort anliegende Buch der Eintragungen verschwunden. Seit 14. Dezember liegen nur noch lose Blätter auf, die offensichtlich aus dem früheren Buche herausgerissen worden sind.

Am 9. Dezember wurden zwei nationalsozialistische Persönlichkeiten aus dem Reiche beim Passieren der österreichisch-italienischen Grenze am Brenner von Faschisten feierlich empfangen, in ein Abteil erster Klasse gebracht und nach Bozen geleitet.

Wie bei der Aufnahme der Meraner Nazi-Ortsgruppe, so auch bei einem Sprechabend der Meraner NSDAP-Ortsgruppe erschienen zwei Beamte der Quästur (Polizeidirektion), von denen sich einer für den Sieg der Hitler-Partei aussprach.

Am 21. v. M. wurde in Bozen eine nationalsozialistische Ortsgruppe gegründet. Der Raum war mit Fahnen Hitlers und der Tricolore geschmückt. An den Wänden hingen Bilder von Hitler, Mussolini und Strasser. Als Ehrengäste erschienen Offiziere der Faschistenmiliz und Beamte der Quästur. Man huldigte sich gegenseitig mit den Rufsen: *Eviva Mussolini! Eviva Hitler!*

Der von Schuschnigg — dem neuen Justizminister Deutschösterreichs — und Raib gezeichnete Bericht schließt mit der Erklärung: Wir können es getrost dem Urteil der Bevölkerung überlassen, ob das Verhalten der Nationalsozialisten in und gegenüber Südtirol verräterisch ist oder nicht.

Hunger tut weh!

Augenblicksbilder aus einer Berliner Volksküche.

In dem halbdunklen Vorraum, in dem sich auch die Essenausgabe befindet, fragt mich eine Frau im Flüsteren: „Wollen Sie eine Marke haben?“

Unschlüssig stehe ich im Eingang zum Speiseraum. Links und rechts lange Tische mit Bänken. Geruch von Essen und Menschen.

Drei Esser um einen Napf Linsen.

An den Wänden hängen Schilder: Rauchen verboten. Der Aufenthalt jedes einzelnen darf 20 Minuten nicht übersteigen.

Das Stück im Kellerloch.

Ein älterer Mann mit einem lädierten Summtrogen und hängender Krawatte, die ihm einen letzten Anschein von Bürgerlichkeit geben, setzt sich mit seinem Schnaps zu mir.

Eine junge Frau mit einer Brillantperle im Haar, kommt mit ihrem Essen an unseren Tisch.



John überkommt der eigenartige Rausch, Schicksal spielen zu wollen. Er spricht zu Billy von der großen Einsamkeit der grünen Weiden und dem bunten mit künstlichem Licht erfüllten Leben der Städte.

Das Leben ist primitiv in dem Bereiche der großen Weiden. John sowohl wie Billy machen ihre Einkäufe persönlich, und sie treffen sich durch Zufall in dem kleinen Laden.

Anitas Augen weiten sich, sie werden dunkel von verhaltenen Tränen. Was wissen die beiden von Anita?

Sie streckt die Hand aus, ihr Blick wird fern und sie sagt: „Man kann, man kann dort leben, wenn man die innere Kraft dazu hat.“

Billy sagt: „Anita, komm mit. Du kannst soviel wie ein Cowgirl. Wir werfen zwei Vassos in einem Zuge.“

Anita weiß, bleibe ich hier, zerfrisst mich das Einerlei. Bei Billy liegt ihre Rettung und so formt sie Plan auf Plan.

Das ersieht freilich bloß John, kennen doch Billy und Anita weiter nichts als reelle Cowboyarbeit.

Anitas Vater kommt hinzu, quätk, mißlaunig wie immer. Er schreit hocht er auf und er sagt aus Angst viele böse Worte auf Anita.

frieden: „Ich habe noch Brot, Schmalz und Käse zu Hause.“ „Dann kann ich ja bei dir Abendbrot essen“, scherzt die junge Frau mit dem Schirm.

In einer Ecke wird lebhaft diskutiert. — „Als mein Vater geboren wurde, hatte Deutschland 34 Millionen Einwohner, und heute...“

Eiserne Front!

Unsere nächsten Versammlungen.

Mittwoch, den 3. Februar:

Bezirksamt Schöneberg: 20 Uhr, Lokal Will, Schöneberg, Martin-Luther-Straße 69. Redner: Emil Barth.

Stadtgüter Schöneiche und Vogelsdorf: 17 1/2 Uhr. Redner: Genosse Heymuth.

15. Abteilung: 20 Uhr, Arminiushallen, Bremer Str. 72. Redner: Karl Hildenbrandt, Mdr., Dr. Richard Mischler, Adolf Buck.

Gold- und Silberscheldoanalt und Kübler u. Co.: 16 Uhr, Lokal Otto, Reipickendorf, Berliner Str. 113. Redner: Max Ulrich.

Donnerstag, den 4. Februar:

Abteilung 188a, Köpenick: 20 Uhr, Lokal Uhlenhorst (Inhaber: H. Seidler), Mahisdorfer Straße. Redner: Dr. R. Mischler.

Bezirksamt Treptow: 19 1/2 Uhr, Lokal Rennbahn, Treptow, Eisenstraße 115/116. Redner: Stadtrat Carl Wermuth.

Arbeitsamt Nord-Ost: 16 1/2 Uhr, Blassin, Stargarder Straße 3. Redner: Stadtrat Richard Rosin.

AEG-Konzern, AFA-Verbandskollegen und Sympathisierende: 17 1/2 Uhr, Nordischer Hof, Invalidenstr. 125/26. Redner: Siegfried Aufhäuser, Mdr.

Stadtgüter Selchow und Waßmannsdorf: 17 1/2 Uhr. Redner: Genosse Heymuth.

nach? Niemand. Keiner nimmt davon Notiz, wie der andere aussieht und was er tut. Man ist hier nicht neugierig.

Es ist halb zwei mittags. Schluß langsam leeren sich die beiden Räume. Vor der Tür verabschieden sich zwei.

Schläft der Rundfunk?

Ganz Berlin stand gestern unter dem Eindruck des ersten großen gemeinsamen Aufmarsches der Eisernen Front im Sportplatz.

Die Gau sammelstelle in der Potsdamer Straße.

Die Rüstammern der Eisernen Front, die überall in Berlin seit Sonntag für alle Republikaner geöffnet sind, wurden auch gestern sehr stark besucht.

Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter und Gastwirtsangestellte

Donnerstag, den 4. Februar:

1. Bezirk, Köpenick: 19 Uhr, Stadttheater Köpenick, Friedrichstraße 6. Redner: Marie Kunert, Mdr. — 2. Bezirk, Neukölln-Südosten: 19 Uhr, Hohenstaufensäle, Kottbusser Damm 76.

3. Bezirk, Gesundbrunnen-Tegel: 19 Uhr, Hochschulbrauerei, See-Ecke Amrumer Str. Redner: Albert Falkenberg. — 4. Bezirk, Wedding-Rainickendorfer: 19 Uhr, Brauerei Löwen-Bohmisches, Berlin, Hochstr. 2. Redner: Dr. Drucker.

5. Bezirk, Ostend-Lichtenberg: 19 Uhr, Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 12. Redner: Jockel Meier. — 6. Bezirk, Charlottenburg: 19 Uhr, Türkisches Zelt, Charlottenburg, Berliner Str. 55. Redner: Lorenz Breunig. — 7. Bezirk, Schöneberg: 19 Uhr, Gesellschaftshaus des Westens, Schöneberg, Hauptstr. 30/31. Redner: Willy Schneider. — 8. Bezirk, Moabit: 19 Uhr, Arminiusäle, Bremer Str. 72/73. Redner: Otto Meier, Mdr.

9. Bezirk, Weißensee: 19 Uhr, Wirtshaus zum Pferdemarkt, Weißensee, Schönstraße. Redner: Dr. Julius Moses, Mdr. — 10. Bezirk, Spandau: 19 Uhr, Germaniasäle, Spandau, Strosowplatz 19. Redner: Robert Bruer. — 11. Bezirk, Tempelhof-Marlendorfer: 19 Uhr, Lokal Gohke, Tempelhof, Berliner Straße 96. Redner: Dr. Otto Friedländer.

Anita ist abgestumpft gegen die Rufe „Anita, Anita, Anita“, was kümmert es sie, daß es jetzt Schmerzenschreie sind.

Anita fiebert nach dem Leben, sie denkt an die große Welt, plötzlich ist sie ganz ich geworden.

Es ist das gute Recht der Jugend, zu wagen, und John, Anita und Billy treten gemeinsam ihre Fahrt ins Leben an.

Der Ingenieur.

Anita packt, nimmt herzlichen Abschied von der erstaunten, ratlosen Magd, nimmt mit den Fingerzpitzen Abschied vom Vater und eilt fort. Sie sieht sich nicht um, denn bei jedem Schritt vorwärts fürchtet sie, zurückgeholt zu werden.

Erst als das Schiff laut rasselnd den Anker aufgeholt hat und die letzten Trossen an Bord gezogen sind, magt es Anita, freier zu atmen.

Das Schiff ist fürs erste für die drei nur der „Ans-Ziel-Schlepper“ für Träume, Wünsche und Hoffnungen. Doch da für Anita im allgemeinen das Leben weit mehr ist als nur eine Befriedigung der Neugierde, lebt sie alsbald mit ihrer Umgebung. Sie weiß, die Schiffsplanten sind sowohl Beförderungsmittel wie Welt. Sie mitempfindet die widerstrebenden Gefühle der Reisenden, die Gleichförmigkeit der Tage für die Belangweilten, die Unrast derjenigen, auf die tawelnd geschäftliche Erledigungen warten und die stete Geiztheit der Menschen ohne Existenz.

Für die Seeleute von Beruf aber sind die Schiffsplanten erfüllt von persönlichem Leben. Das Schiff trägt sie an alle Ereignisse, dem Schiff gilt ihre Arbeit, auf dem Schiff durchkosten sie in ruhiger oder kampfsuchtobter Erinnerung alle Erquickungen und Erregungen, die ihr eigenes Ich mit den Menschen und der Umwelt hatte.

Oft stehen Anita, Billy und John wortlos an der Reling und sehen auf das Meer, auf diese blauen Riesenzellen, so gewaltig und eindrucksvoll, daß sie zu stehenden Augenblicken in der Erinnerung der Menschen werden.

Das Dreieck lernt einen Ingenieur kennen oder, richtiger gesagt, den Ingenieur; denn für die Fahrgäste ist er eben weiter nichts als der Ingenieur. Er fühlt sich von einem absonderlichen Schicksal verfolgt und er ist bis zur Explosion voll von der Erzählung seiner Erlebnisse. Jeder Mensch an Bord, der nicht nur sein eigenes Ich kennt oder

tennen will, wird in den Bannkreis dieses Ingenieurschicksals gezogen.

Die Heimatstadt des Ingenieurs wurde von einem Fluß durchzogen und seitdem die Menschen zur selben Interessengemeinschaft zusammengeschweißt waren, aber hüben und drüben wohnten, wurde der Bau einer Brücke geplant. Der Ingenieur war außer Landes gewesen, er hatte gelernt und sein Fleiß und sein eifriges Lernen waren zum Können geworden. Dann hatte er gekämpft um den Bau der Brücke. Die Lokalpatrioten waren ohne weiteres für die Bauausführung durch einen Ortsangehörigen, die Leute mit dem angeblichen Blick in die weite Welt waren für die Uebertragung des Baues an eine Kapazität von außerhalb. Man stritt miteinander, man bekämpfte sich und man wurde, selbst nach den heftigsten Fehden, immer wieder zusammengeführt durch die Notwendigkeit des Baues der Brücke.

Schließlich siegte der Ingenieur. Er baute die Brücke mit stärkester innerer Anteilnahme, sie war sein Werk, sein in Arbeit umgesetztes Ich.

Und als die Brücke fertig war, — da suchte sich der Fluß einen anderen Lauf. Die Brücke stand über einem langsam austrocknendem Morast.

Erst waren die Stadtbewohner erstaunt, nachher waren sie empört. Sie mühten ihren Zorn an jemanden auslassen und als Opfer erkoren sie den Ingenieur. Doch war nicht nur der Zorn gegen ihn erwacht, auch die Lust am Klatsch hatte Nahrung gefunden. Es schien jede Verächtlichmachung, es schien die ärgste Verdächtigung erlaubt. Es wurde von einer absichtlichen Ableitung des Flusses erzählt, es wurde sogar von einer Verherung des Wassers gesprochen.

Die Brücke stand als Alptrud über der Stadt, die Brücke stand als Gespenst in der Landschaft und — der Ingenieur floh vor seinem Werk.

Nun stand ein großer Schreck in seiner Seele, zudem durchzagten Wünsche, Hoffnungen, Unzufriedenheit und das quälende Gefühl der Unsicherheit sein Leben.

Doch Billy ist praktisch. Er weiß, der Ingenieur kann reiten, er weiß, der Ingenieur kann mit Vieh umgehen und darum spricht er mit ihm von Cowboyarbeit.

John freut sich über dieses Abenteuermännchen. Er weiß, die Menschen der Großstadt sind so Vieh entwöhnt, daß jeder, der irgendwie in sensationeller Aufmachung nur einigermaßen mit Vieh umzugehen versteht, dort schon eine Nummer ist.

(Fortsetzung folgt.)

Großschlächter trumpsfen auf!

Enthalten der Stadt die Standgebühren vor.

Ein tolles Stück haben sich gestern eine Anzahl von Großschlächtern geleistet, denen es bekanntlich schon seit Jahren so „schlecht“ geht, daß sich ihre Anzahl ständig — vergrößert. Wegen der Frage der Senkung der Standgebühren auf dem Fleischgroßmarkt bestehen zwischen den Großschlächtern und der Verwaltung des Berliner Schlachtviehhofes Unstimmigkeiten. Ohne nun die Entscheidung der vom Reichsernährungsministerium eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Viehhofgebühren hinsichtlich einer Gebührensenkung abzuwarten, hat gestern vormittag eine Reihe von Großschlächtern zu einer außerordentlich bedenklichen und nicht ungefährlichen „Selbsthilfe“ gegriffen und nur 90 Proz. der Standgebühren bezahlt. Die Markthallendirektion hat diese Beträge nur unter Vorbehalt angenommen und beabsichtigt, dieses Vorgehen der Großschlächter nicht hinzunehmen, sondern den Betroffenen, falls sie auf ihrer Weigerung, die vollen Gebühren zu bezahlen, weiter bestehen, die Marktstände zu kündigen. Von zuständiger Stelle wird betont, daß erst im Jahre 1931 eine zehnprozentige Senkung der Standgebühren erfolgt sei, wodurch der Stadt eine Mindereinnahme von 140 000 Mark entstanden wäre. Der Preiskommissar Dr. Goerdeler hat übrigens anerkannt, daß die Schlachthofgebühren in Berlin im Vergleich zu anderen Städten angemessen seien.

Zuflucht im Keller.

„Die Dede fällt uns auf den Kopf!“

Im Keller einer uralten Neuköllner Mietskasernenhaushalt der seit Jahren arbeitslose Arbeiter H. mit Frau und einem acht Monate alten Kinde; der Mann verschaffte sich diese Wohnung — die aus gesundheits- und baulichzeitlichen Gründen überhaupt nicht mehr vermietet werden darf — unter der Hand, weil er nicht mehr aus noch ein wollte. Das möblierte Wohnen wurde den Leuten mit der Zeit zur unerträglichen Qual, ständig gab es Zank und Streit; der viele Wasserverbrauch, das ständige Böschemachen, vielleicht auch noch ein wenig Kindergeschrei, das sind alles Dinge, die der Vermieter nur hinnimmt, wenn sie entsprechend bezahlt werden. Also raus mußte und raus wollte er um jeden Preis, und als er sich zuerst noch um eine andere Untermietsgelegenheit umsah, da begegnete er überall unfreundlich abweisenden Gesichtern. So nahm er, was ihm in die Hände fiel, in diesem Fall ein feuchter, dumpfer Kellerraum. Der Platz blüht an den Wänden und an der Dede, und dem Tageslicht ist der Eintritt verwehrt. Trotz all dieser Mängel kostet das Kellerloch 26 Mark im Monat. Zu allem Uebel barst in der vorigen Woche auch noch die Zimmerdecke, und der Versuch brach in dicken Brocken hernieder. Der Raum gleich einem Schuttflach, Staub und Mörtel bedecken den Fußboden, alles ist stellenweise bis auf die Rohrstäbe abgefallen. „Ziehen Sie doch aus, wenn's Ihnen nicht paßt“, meint die Hauswirtsin. „Wir können nichts für Sie tun, da die Wohnung als unermietbar gilt“, sagt die Wohnbehörd. und auch das Gesundheitsamt. Alles rät ihm, auszugehen; ja, aber wohin bloß? Verzweifelt steht die junge Frau auf dem Steinboden der Küche und wäscht armselige Kinderwäsche. Der Mann rennt von einer Stelle zur anderen, müde, weil er nirgends was ausrichten kann. Im Hof vor der Türe steht das Kinderwägelchen mit dem Kleinen drin, er trampft die Händchen zusammen, es ist ein bißchen sehr früh auf die Dauer, aber immer noch besser als in der Schimmelbude. Ein Alltags-schicksal ormer Leute, nicht neu, aber hart für den, den es trifft...

Nazi-Studentenschaft macht Politik.

Die „Deutsche Studentenschaft“, die Organisation der politisch rechtsgerichteten Studenten, veranstaltete am Sonntag im Zirkus Busch eine Kundgebung zur Abrüstungskonferenz. Aber nicht Abrüstung, sondern Aufrüstung wurde hier gefordert. Denn nur so glauben sie die Gleichberechtigung Deutschlands wiederherstellen zu können. Die Kundgebung, bei der eine Reichswehrkapelle musizierte, wurde eröffnet durch den Einzug der Chargierten der Korporationen, wahrscheinlich sollte durch diesen Rummel die betonte „Verbundenheit der akademischen Jugend mit der Nation“ demonstriert werden. Als letzte im Zuge wurden auch vier Fahnen der Nationalsozialisten herumgetragen. Die Nazistudenten ließen es sich natürlich auch nicht nehmen, nach dem gemeinsamen Absingen einer Strophe des Deutsch-

13 Anzüge für Herrn Hoffmann.

Und einen Nutriapelez für Frau Hoffmann.

Im Sklarek-Prozess konnte am Montag nach mehrwöchiger Verhandlung die Vernehmung der Angeklagten zum Stadtbankkomplex zum Abschluß gebracht werden. Am Donnerstag beginnt die Vernehmung der Angeklagten Sklarek zu dem dritten Teil der Anklageschrift, der die Konkursvergehen behandelt. Im Anschluß daran erfolgt dann die Beweisaufnahme über Stadtbank und Konkurskomplex.

Die gestrige Verhandlung erstreckte sich auf die Zuwendungen, die Stadtbankdirektor Hoffmann weiterhin erhalten haben soll, und zwar hielt ihm der Vorsitzende vor, daß er (Hoffmann) insgesamt von Keller u. Furch 13 Anzüge erhalten habe, die einen Wert von 6300 M. darstellen. Hoffmann will nicht gewußt haben, daß die Anfertigung bei dieser Schneiderfirma erfolgte und hat für den Anzug 130 bis 140 M. bezahlt, während die Sklareks bei ihrem Maßschneider 300 bis 400 M. zahlen mußten. Weiter erörterte man

einige Kleiderkäufe, die für Frau Hoffmann durch Vermittlung der Sklareks gemacht worden

sind. Hier erklärte Hoffmann, er habe geglaubt, daß es sich um Gelegenheitskäufe gehandelt hätte. Ein solcher Gelegenheitskauf soll auch ein Nutriapelez für Frau Hoffmann gewesen sein, der ebenfalls unter seinem wirklichen Werte bezahlt wurde. Hoffmann konnte allerdings für alle Zahlungen nicht mehr Quittungen vorlegen. Es kam dann zu einem heftigen Zusammenstoß, als Rechtsanwalt Dr. Bindar erklärte: Wenn ein Stadtbankdirektor sich

keine Quittung geben läßt, so kann man daraus erkennen, welche himmelstreichende Lohwafelu in der Stadtbank geherrscht hat.

Aus der Anklage hielt der Vorsitzende dann Hoffmann weiter vor, daß er von den Sklareks verschiedentlich Geschenke, hauptsächlich Gegenstände von Rosenhain, angenommen habe oder sich zu billigeren Preisen durch die Sklareks besorgen ließ. Leo Sklarek erklärte hierzu, daß selbst das Jubiläumsgeschenk für Stadtbankdirektor Schmitt, das 450 bis 500 M. gekostet habe, von ihm besorgt sei und daß Hoffmann nur 150 M. bezahlt habe. Hinterher stellte sich aber heraus, daß die Bronze nur 250 M. gekostet hatte. Die Gegenstände, die Hoffmann sich teils besorgen ließ, teils geschenkt bekam und die für „Rechnung Hammel“ durch die Bücher gingen, sind Persebrücken, silberne Leuchter, ein Zigarrenabschneider, eine Uhr, eine Porzellanfigur usw. Leo Sklarek: Wenn es lange gedauert hätte, hätte Hoffmann auch noch unseren Lupus (das Sklareksche Rennpferd) im Zimmer gehabt. Hoffmann erklärte demgegenüber, die Sklareks hätten ihm angeboten, infolge ihrer guten Beziehungen Sachen billiger besorgen zu können. Er hätte nur davon Gebrauch gemacht, während Leo Sklarek meinte, Hoffmann habe sich alle Sachen vorher angesehen und er, Leo Sklarek, hätte sie nur noch abholen und bezahlen müssen. Schließlich wurde noch aus der Anklage festgestellt, daß Hoffmann Barzuwendungen auf das Pseudonym „Hammel“ oder „Hamlet“ in Höhe von 7 000 Mark erhalten hat, und Renngewinne in Höhe von über 1000 M. bekam, was er jedoch bestritt.

landliedes kräftig „Deutschland erwache“ zu rufen. Und das alles ließen, ohne Protest zu erheben, die Rektoren der Universität und der Technischen Hochschule, Vertreter der Chefs der Heeres- und Marineleitung und eine Anzahl Professoren über sich ergehen. Bemerkenswert war übrigens, daß nur eine geringe Zahl Studenten die Nazifahnen mit dem Römergruß begrüßten und Deutschland erwachen ließen. Aber die Herrschaften brüllten dafür um so lauter.

Offene Singstunde.

Gelungener Versuch für neue Festkultur.

Die 22. und 23. Abteilung traten am Sonntagabend in der Hochschulbrauerei mit einer Veranstaltung hervor, die man als wegweisend für alle zukünftigen Feiern bezeichnen muß. Neben den vorzüglichen kabarettartigen Darbietungen der Roten Rebellen und den Vorträgen des Chors und Orchesters der Arbeiterjugend trat eine neue Art gemeinsamer Feiestunde in den Vordergrund: die offene Singstunde. Früher bestellte man sich wohl einen guten Gesangsverein, um unsere Kampfesweisen hören zu können. Heute sollen alle mitmachen, auch die Zuschauer. Unter der geschickten Leitung von Fritz Hoffmann wurde der Versuch zu einem vollen Erfolg. Mit lustigen Worten führte er in den Zweck einer solchen proletarischen Singstunde ein: Kein gemütlicher Chor, sondern der Geist der Rebellen soll in dem gemeinsamen Liede zu einem festen Erlebnis werden. Als die Stimmen noch etwas dünn aus dem vollbesetzten Saal kamen, betonte er: nicht wie Lauber so schmälzig, sondern gemäß dem Text: „Wir wollen nicht mehr Ambos, wir wollen der Hammer sein!“

Mit der leichten Melodie in der Art der modernen Songs drangen die aktuellen Lieder rasch in die Herzen der Teilnehmer ein und wie ein mächtiger Schwallot aus den Reihen auch der „Alten“, die hier wieder jung wurden: „Auf biegen oder brechen, wir ziehn mit Eisenrechen die Saat für unseren Staat!“ Auch in unseren Feiern steht die Eisenerne Front!

Das Volkshochschulheim Tempelhof hat mit dem Bau Berlin des Arbeiterradiobundes eine Arbeitsgemeinschaft „Kundfunk und Staat“ eingerichtet. Der Kursus beginnt am Dienstag, dem 2. Februar, und wird am 9. und 16. Februar fortgesetzt. Es sprechen über „Organisation des Rundfunks“ Genosse F. Segall, über „Gestaltung des Rundfunkprogramms“ Genosse G. Krolzig (mit Berichten und Kritik der Teilnehmer) und Dr. A. Würzburger über „Das Wort vor dem Mikrophon“. Beginn sämtlicher Veranstaltungen um 20 Uhr im Volkshochschulheim Tempelhof.

Wolframstr. 57. Von 18—20 Uhr ist im Heim den Teilnehmern der Arbeitsgemeinschaft Gelegenheit gegeben, die Fragen des Rundfunks an Hand des vorhandenen Materials, das zum großen Teil von der Reichsrundfunkgesellschaft zur Verfügung gestellt wurde, zu studieren. Zur Beratung und Anleitung steht der Leiter des Heims Günter Krolzig zur Verfügung. Vorgehen sind unter anderem gemeinsame Abhörstunden und Besuche im Funkhaus. Karten für sämtliche Veranstaltungen 1 M., für Einzelveranstaltungen 30 Pf., Erwerbsscheine kostenlose Teilnahme. Vorbestellungen schriftlich oder telefonisch an das Volkshochschulheim Tempelhof, Wolframstr. 57, Tel. G 5, Südring 0875, oder an den Bau Berlin des Arbeiterradiobundes, Berlin-Tempelhof, Renate-Privatstr. 6, Telefon G 5, Südring 1456.

Feuerüberfall in Brieg.

In den späten Abendstunden des Montag wurde auf einen Hausbesitzer unweit der Großsiedlung Brieg ein verwegener Raubüberfall verübt.

Zwei Raubfahrer fielen über den Mann her und entriessen ihm, nachdem sie mehrere Schüsse abgefeuert hatten, eine Aktentasche, in der sie Mietgelder vermuteten. Mit ihrem Raube stüchteten die Täter auf ihren Rädern und gaben auf Passanten, die mit dem Ueberfallenen die Verfolgung aufnehmen wollten, drei weitere Schüsse ab. Den Banditen gelang es, zu entkommen. Die Aktentasche enthielt aber nur Papiere, die für die Räuber völlig wertlos sind. Die Kriminalpolizei hat die weiteren Ermittlungen aufgenommen.

Schnellzug Paris—Mailand entgleist.

Heizer getötet. — Vier Reisende verletzt.

Paris, 1. Februar.

Der internationale Schnellzug Paris—Lyon—Mailand ist am Montag bei Monterau südlich von Paris entgleist. Der Heizer wurde getötet und vier Reisende verletzt. Die Lokomotive stürzte um und die drei folgenden Wagen wurden durch den plötzlichen Anprall stark beschädigt und schoben sich zum Teil ineinander. Die Verletzungen sind zum größten Teil auf Glassplitter zurückzuführen. Der Zustand der Verletzten ist nicht befriedigend.

Hochzeitsreise — Todesflug. Ueber dem spanischen Dorf Gandesa stürzte ein kleines Sportflugzeug ab. Die Insassen, ein Deutscher namens Albert Klug und seine Frau, verunglückten tödlich. Das Paar befand sich auf der Hochzeitsreise.

5[₳] oder 3 1/3[₳]

lautete unsere Frage, die wir auf Grund der augenblicklichen Wirtschaftslage an die deutsche Raucherwelt stellen mussten.

Die Lösung:

nicht 5[₳] nicht 3 1/3[₳] sondern 4[₳]

Haus Bergmann Klasse „Eine Klasse für sich“

bedeutet Höchstleistung an Qualität und Preis

5 Stück 20[₳]

In jeder Packung „Haus Bergmann Klasse“ künstlerisch wertvolle Überraschungen

Haus Bergmann, Zigarettenfabrik A-G, Dresden

Um die Sparmillionen bei Borfig.

Die Spargläubiger fordern stürmisch ihr Recht.

In dem großen Saal des Kassens der Borfigwerke in Tegel fand gestern eine überfüllte Versammlung der Werksparskastengläubiger statt. Mehr als 800 Sparer hatten sich eingefunden, um gegen das schreiende Unrecht der Sparerbekämpfung zu protestieren. Jeder einzelne von den Disziplinierungsrednern prangerte in schärfster Form die beispiellose Tatsache an, daß die drei Millionen der Werksparkasse ohne jede reale Sicherheit in den Strudel des Zusammenbruches des Tegerer Borfigwerkes hineingerissen wurden.

Zunächst erläuterte der mit der Aufstellung des Status beauftragte Treuhänderdirektor Schwoon den gegenwärtigen Stand der Aktien und Passiven. Diese Aufstellung ist in der Öffentlichkeit bereits bekannt. Als Schwoon auf den Kern der Sache zu sprechen kam und mitteilte, daß vor der Grundschuld von 3,5 Millionen, die zur Sicherung der 3 Millionen Spargelder auf die Fabrikgrundstücke der Gesellschaft eingetragen ist, drei andere Hypotheken rangieren, so daß von einer Sicherung der Spargelder nicht die Rede sein kann, unterbrach ein Sturm der Empörung seine Ausführungen.

In der Diskussion erklärten verschiedene Redner, daß diese unglaubliche Tatsache in schroffer Weise gegen Treu und Glauben verstoße. Derjenige, der sein Geld der Wirtschaft zur Verfügung gestellt habe, werde dafür geradezu bestraft.

Während von den 10,8 Millionen Bankforderungen 9,9 Millionen bei dem gegenwärtigen Stande gesichert wären, hätte man die Spargelder, deren unbedingt sichere Anlage im Statut festgesetzt ist, mit einer vierten Hypothek „gesichert“.

Von sämtlichen Rednern wurde gefordert, daß eine Vorrangbehandlung der Sparer bei dem Vergleich eine Selbstverständlichkeit sein müsse, da es sich hier um die wirtschaftlich schwächsten handele, die zum großen Teil durch den Zusammenbruch erwerbslos geworden sind. Ein Redner wies mit Recht darauf hin, daß die Bankengläubiger im eigensten Interesse bei der Bevorzugung der Spargläubiger ein großzügiges Entgegenkommen zeigen müßten, da andernfalls in weitesten Kreisen der werktätigen Bevölkerung die Sparfreudigkeit gelähmt würde, was letzten Endes die Banken selbst wieder schwer zu spüren bekommen

würden. Besonders scharfe Kritik fand die bisher noch nicht bekannte Tatsache, daß die Werksparkasse bei Borfig seit dem Juli vorigen Jahres die Auszahlungen bis auf geringfügige Beträge gesperrt hatte, und zwar nicht nur für die wenigen Wochen der allgemeinen Auszahlungssperre, sondern für die ganze Zeit vom Juli bis zum Zusammenbruch im Dezember.

Zu einem Versammlungsumsturz unerfreulicher Art kam es, als der Angestellten-Betriebsrat Bethge, der persönlich nicht zu den Werksparetern gehört, sich zum Wort meldete. Es waren zum größten Teil Mitglieder der A.B.D., die Bethges Rede verhindern wollten, weil er nicht zu den Sparern gehörte. Dieser Fall ist typisch, weil er besonders scharf

die „revolutionäre“ Einstellung der kommunistischen Gewerkschaftsopposition

beleuchtet, die ungeachtet ihrer radikalen Phrasen ihre Spargroschen nicht zum Konsum zur Werksparkasse von Borfig tragen, dann aber, wenn es gilt, zu retten, was zu retten ist, einen Gewerkschaftsoberreiter niederzubrüllen versuchen.

Nachdem die Ruhe wiederhergestellt war, leitete Bethge in einer kräftigen Rede die Hintergründe auseinander, die zu dem Zusammenbruch bei Borfig geführt haben. Letzten Endes ist es das System gewesen, das bei den Borfigwerken mit seiner inneren Desorganisation und dem Durcheinander der Kompetenzen zwischen Direktion und Verwaltungsrat zu der jetzigen Situation geführt hat. Unverantwortlich sei es, daß die Verwaltung die Sparmillionen mit einer „Schornstein-Hypothek“ — denn etwas anderes sei die eingetragene Grundschuld nicht gewesen — gesichert habe, und daß die Auszahlung der Spargelder seit dem Juli gesperrt wurde, während in der gleichen Zeit andere Gläubiger noch Zahlungen erhielten. Auf das schärfste anzugreifen sei auch die Tatsache, daß zu einer Zeit, als eine Sicherung der Spareinlagen schon nicht mehr unbedingt gewährleistet gewesen sei,

die anreißerischen Prospekte

mit der Aufforderung, Gelder zur Werksparkasse zu tragen, noch in Umlauf waren.

Für den Spateraussschuß, der die Interessen der Werksparskastengläubiger im gesamten Gläubigeraussschuß zu vertreten habe, forderte Bethge äußerste Aktivität, da es in diesem Ausschuss ganz zweifellos zu harten Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Interessentengruppen kommen werde.

Landungsgagitation anerkannt wird, es wird zu wenig darauf hingewiesen, daß es nicht selten die zu dieser Agitationsphäre gehörenden Kreise sind, die für die Verschleuderung von Ostmitteln mit verantwortlich gemacht werden müssen.

Kurt Heinig.

Aktive Schubbilanz.

Ueber 26 Millionen Mark Ausfuhrüberschuß.

Die Außenhandelsbilanz der deutschen Schuhindustrie hat im vergangenen Jahr ihre starke Aktivität aufrechterhalten können. Wertmäßig hat sich die Aktivität zwar infolge der scharfen Preisfestsetzungen für Leder- und Schuhwert von 30,2 auf rund 26 Millionen Mark verringert, jedoch ist der Ausfuhrüberschuß der Menge nach noch erheblich gestiegen.

Im Jahre 1931 ging die Einfuhr von 0,80 auf 0,67 Millionen Paar zurück, während der Schuhexport noch von 3,87 auf 4,24 Millionen Paar steigen konnte. Der Wert der Schuh-einfuhr beziffert sich auf 6,58 gegen 9,45 Millionen Mark im Vorjahr, während der Exportwert 26 gegen 30,2 Millionen im Vorjahr beträgt. Die starken Verschiebungen, die der Außenhandel der deutschen Schuhindustrie im Laufe der letzten fünf Jahre erfahren hat, zeigt folgende Tabelle:

	Einfuhr in Millionen Paar	Ausfuhr
1927	2,94	2,28
1928	4,21	2,06
1929	2,15	2,74
1930	0,80	3,87
1931	0,67	4,24

Danach ist also die mengenmäßige Einfuhr von Leder- und Schuhwert seit der Rekord-einfuhr von 1928 um mehr als 84 Proz. gesunken, während sich in der gleichen Zeit der Export trotz der mannigfachen Zollschwierigkeiten noch mehr als verdoppelt hat. Ob diese günstige Entwicklung anhält, ist die Frage. Besonders in den letzten Monaten haben sich bei großen europäischen Abnehmerländern die Tendenzen zur Einfuhrbeschränkung verschärft, so z. B. in Frankreich, das eine scharfe Kontingentierung (Begrenzung der Einfuhrmengen) fordert. Ueber diese Frage wird zur Zeit zwischen der deutschen und französischen Schuhindustrie in Baden-Baden verhandelt.

Um den Wagemann-Plan.

Eine große Versammlung im Herrenhaus.

Der von der Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft veranstaltete Vortragsabend, in dem Professor Wagemann über das Thema „Geld- und Kreditreform als Weg aus der Krise“ sprach, hatte ein außerordentlich starkes Interesse gefunden. Es wurden weit über 3000 Karten verlangt, nur 1200 konnten ausgeben werden, und sehr zahlreiche Interessenten mußten umkehren. Wer politische Sensationen erwartete, kam freilich, und zwar mit Recht, nicht auf seine Kosten.

Wagemann entwickelte in sehr eindringlicher, aber auch überlegener und gelegentlich sehr wighiger Weise seinen Plan. Er entwickelte, was die Reform will und was sie nicht will. Die Reform wolle keinerlei neue Währung, keinerlei Binnenwährung, keinerlei Noten- oder sonstige Inflation, nicht einmal eine Notenerhöhung, sie wolle aber auch keine Deflation. Die Reform will die Wiederherstellung des inländischen Vertrauens, die Wiederherstellung der Bereitschaft des Auslandes zur Gewährung von Krediten, die Luftung der eingefrorenen Kredite, die Schaffung neuer Produktionsmöglichkeiten und eine bessere kreditpolitische Steuerung. Der Plan sei eine private Arbeit, zu der Reichsregierung und Reichsbank noch keinerlei Stellung genommen haben. Dann entwickelte Wagemann den Plan selbst, der unseren Lesern in den Grundzügen bekannt ist.

Eine Diskussion fand mit der Begründung, daß innerhalb eines so großen Plenums so weittragende und schwierige Dinge wie eine Geld- und Kreditreform kaum mit dem gewünschten Erfolg stattfinden könne, nicht statt. Die Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft habe aber die Interessenten an einer solchen Diskussion aufgefordert, sich in ihrem Büro, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 103a, zu melden, damit die Diskussion nachgeholt werden könne. Der Vortrag fand sehr starken Widerhall.

Fusion von Gewerbebanken.

Unter Führung der Preussenkasse.

Die Preussische Zentralgenossenschaftskasse führt in ihrem Einflußgebiet gegenüber den mittelständischen Gewerbebanken jetzt dieselbe Vereinigung durch, die von ihr auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften herbeigeführt wurde.

In Hannover werden nach einem Beschluß der betreffenden Aufsichtsräte die Creditbank und die Gewerbebank mit der Vorwärts-Bereinsbank zusammengeschlossen werden. Die neue Bank heißt „Bereinsbank Hannover G. m. b. H.“ und hat 4500 Mitglieder mit 6 Millionen Haftsumme, 3 Millionen Eigenkapital und 16 Millionen Bilanzsumme. Die Wertanlage in der Bilanz enthalten die der jetzigen Zeit angemessenen Abschreibungen. Das neue Institut erhält einen Reichszuschuß aus dem Rotverordnungs-fonds von 20 Millionen Mark, der zur Rationalisierung des gewerblichen Genossenschaftswesens bereitgestellt wurde.

In Essen werden die Essener Bank und die Altendorfer Kreditbank zusammengeschlossen. Zur Beruhigung der Anleger hat die Reichsregierung die Bürgschaft für die von den beiden Essener Banken benötigten Mittel übernommen, so daß die Zahlungsbereitschaft gesichert ist. Auch hier wird ein Rationalisierungszuschuß gewährt.

33 Juckerfabriken werden im Laufe des Jahres 1932 auf der Insel Java stillgelegt.

Licht in die Osthilfe.

Die Denkschrift des Rechnungshofes.

Die Denkschrift des Rechnungshofes zur Reichshaushaltsrechnung 1929 (soeben erschienene Reichstagsdrucksache) ist, soweit sie die Osthilfe betrifft, deswegen besonders interessant, weil zum ersten Male in der Beratschlagung der Reichstagspräsidenten die Osthilfe eingedrungen worden ist. Im übrigen zeigt sich, daß die Prüfungsarbeit des Rechnungshofes, wenn sie sich im Sinne der Rechnungsprüfungswünsche des Reichstages bewegt, unipen Ertrag bringt. Die Denkschrift berichtet zusammenfassend nicht nur über das Rechnungsjahr 1929, sondern über Prüfungsergebnisse bis zur Gegenwart. Die Behörden haben jener Nachprüfung ihrer Arbeit, wie es scheint, nicht immer mit Begeisterung gegenübergestanden.

Der Disagiozuschuß (Zahlung der Kursdifferenz) für die Ausgabe eines landwirtschaftlichen Pfandbriefkredits, der für Pfandbriefe im Rennbetrage von 56 Millionen Mark wirksam wurde, ist

in einer Reihe von Fällen für Landwirte ein besonders gutes Geschäft

geworden: Sie haben mit Hilfe des Disagiozuschusses eine erfrühtige Pfandbriefbeleihung erhalten. Dann benutzten sie den niedrigen Kursstand der Pfandbriefe dazu, um ihre Beleihung durch Rückkauf von Pfandbriefen abzulösen. Das Reich hat hier die Rückerstattung der gewährten Disagiozuschüsse verlangt.

Bei den Krediten für zweistellige Hypotheken und bei den aus dem Betriebserhaltungsfonds handelt es sich um 18 Millionen Mark. Der Rechnungshof stellt fest, daß die Kreditaussschüsse (Vorsteher des Finanzamtes und drei von der Landwirtschaftskammer bestellte Landwirte) in diesen Fällen die

Umschuldungsdarlehen genehmigt haben, ohne daß auch nur ausreichende Feststellungen über die Verschuldung und den Wert des Grundbesitzes erfolgt waren!

Die Landwirte haben des öfteren sogar unterlassen, bei der Stellung des Darlehensantrages ihre Schulden vollständig anzugeben. Oft gaben sie genau soviel Schulden an als sie Umschuldungsdarlehen beanspruchten. Dennoch haben die Kreditaussschüsse bewilligt. Der Rechnungshof erklärt, er habe den Eindruck gewonnen, daß die Prüfungen und Feststellungen der Kreditaussschüsse nicht immer mit der genügenden Sachlichkeit und Gründlichkeit durchgeführt worden sind. Bei den wenigen Stichproben, die der Rechnungshof machte, stellte er fest, daß unter anderem Landwirte erst mit Hilfe des Reiches ihren Betrieb überschuldeten und dann vernachlässigten, danach kam die Zwangsversteigerung, bei der ein Familienangehöriger das Gut erwarb. Das Reich fiel als Gläubiger aus.

Der Rechnungshof betont, daß erst nach dem Eingreifen der preussischen Landesregierung in das Umschuldungsverfahren und dann später durch die Landstellen eine Besserung der Geldverteilung erfolgt ist.

In manchen Fällen sind ostpreussische Mittel- und Großbetriebe auch deswegen überschuldet, weil sie mit Mitgift- und Erbteilbesprechungen überlastet sind. Auch in solchen Fällen hat man aus Reichsmitteln großzügig geholfen, und wie der Rechnungshof feststellt, damit in besseren Zeiten gegebene Mitgift- und Erbteilbesprechungen voll finanziert. In den Umschuldungsplänen, die den Kreditaussschüssen vorgelegt wurden, führte man die

Erben sogar als persönliche Gläubiger mit entsprechenden Forderungen an. In einem anderen Falle hat man eine Beihilfe aus dem Betriebserhaltungsfonds in Höhe von 47 000 M. bewilligt, die in der Hauptsache dazu gehört hat, ein erst in fünf Jahren fälliges Restkaufgeld und eine Personalschuld des Cheemanns der Besitzerin zu beseitigen.

Bei den Krediten für Kleinbauern und Erwerbsgärtner

stießen teilweise die Darlehensmittel, die diesen kleinen Leuten gegeben wurden, in erster Linie den Kreditinstituten, insbesondere Genossenschaften zu, bei denen kurzfristige Verbindlichkeiten bestanden. Im übrigen überließ man die Bauern und Erwerbsgärtner ihren eigenen Sorgen. Die einzige Erleichterung lag für sie darin, daß sie nicht mehr an die Genossenschaften 13 bis 15 Prozent Zinsen zahlen, was allerdings auch einiges wert war.

Es wurde bei Kleinbauernkrediten auch festgestellt, daß einzelne Kreditinstitute die Darlehen nicht nach dem ihnen vorgeschriebenen Verwendungszweck zur Auszahlung gebracht, sondern zunächst ihre eigenen Forderungen befriedigt haben. Die Kreditausschüsse haben nach der Auffassung des Rechnungshofes in vielen Fällen die erforderlichen Einzelfeststellungen über die Verschuldung der Landwirte nicht gemacht, aber doch bewilligt. Aus den Mitteln für die Kleinbauernhilfe hat man auch zum Beispiel einem städtischen Gärtnerbesitzer, dessen Haus und Grundstück auf über 100 000 Mark geschätzt wurde, das beim Hinzukauf von Land verbliebene Restkaufgeld von 6000 Mark umgeschuldet. Auch in anderen Fällen sind städtische Großgärtnereien aus jenen Mitteln unterstützt worden.

Bei den Bäckerkrediten haben erhebliche Teile der zur Verfügung gestellten 3 Millionen Mark jahrelang mehr oder weniger ungenutzt auf dem Konto der Landesbank gestanden. Der Rechnungshof hat immer wieder drängeln müssen, bis das Reichsernährungsministerium sich endlich bemüht hat, diese ungenutzten Mittel der Landesbank ruhenden Mittel zugunsten des Reiches zurückzuholen.

Der Rechnungshof hat auch die Kredite für die ostpreussischen Binnen-, Haff- und Küstentischer und die sonstigen Maßnahmen zur Abstellung der wirtschaftlichen Notstände im Osten Deutschlands etwas gründlicher, wenn auch überall nur stichprobenweise geprüft.

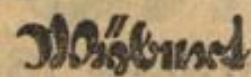
Das Gesamtbild der Denkschrift des Rechnungshofes ergibt die zwingende Notwendigkeit, daß die Reichsregierung in ihrem eigenen Interesse für schärfere Geschäftsführung in der Verteilung ostpreussischer Hilfsmittel sorgt. Die Osthilfe ist mittlerweile ein riesenhafter Beamtenapparat geworden. Mit ihrem Landesstellen zusammen ist sie jetzt schon bei 600 Köpfen angelangt und wenn man die sonst noch mit dem Umschuldungsverfahren beschäftigten Stellen bei der Rentenbank u. v. hinzurechnet, handelt es sich um ein Regiment von 1000 Köpfen.

Selbstverständlich soll auch im Osten geholfen werden. Es darf aber kein Geld verschleudert werden. Deswegen ist zu wünschen, daß der Rechnungshof sich mehr als bisher um die fortlaufende Prüfung der Geschäftsführung in der gesamten Osthilfe kümmert. Hier geht es nicht nur um Millionen, sondern um Hunderttausende und um Millionen von Mark. Die Reichsregierung sollte ihrerseits auch dafür sorgen, daß in der Öffentlichkeit noch deutlicher als bisher der Gesamtumfang ihrer Leistungen für den Osten sichtbar wird.

Es geschieht viel mehr, als von der Demagogie

Deinen Mund pflegt Du täglich...

warum nicht Deinen Hals? Gurgel trocken mit



Arbeit! Arbeit! Arbeit!

Wie die Konsumgüterindustrien wieder in Gang gebracht werden müßten.

Der Zusammenbruch des Baumarktes ist das schlimmste Kapitel der durch Passivität und Resignation charakterisierten Arbeitsmarktpolitik der Reichsregierung. Die Folgen dieses Zusammenbruchs sind geradezu verheerend. Ein furchtbares, Körper und Seele zerstörendes Elend steckt hinter den grauenhaften Zahlenkolonnen der Arbeitsmarktsituation der Bauarbeitergewerkschaften. Gewiß sind die Bauarbeiter nur eine Gruppe unter den vielen Bedauernswerten, die heute unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Unter den 6 Millionen gezählten Arbeitslosen machen sie — ohne die baugewerblichen Nebenberufe — „nur“ ein gutes Zehntel aus. Allein es handelt sich hier um Angehörige eines

als Schlüsselgewerbe anerkannten Berufes.

der durch seine Beschäftigung über seinen Kreis hinaus noch mindestens einer Million Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit zur Arbeit schaffen könnte.

Mit der geradezu hoffnungslosen Lage der Arbeitslosen des Baugewerbes hat sich dieser Tage der Beirat des Deutschen Bauergewerksbundes eingehend beschäftigt. Das Ergebnis seiner Beratungen hat der Vorstand des Bundes in einem Schreiben an den Reichsfinanzier Dr. Brüning zusammengefaßt.

Die targe Arbeitslosenunterstützung — so lautet im wesentlichen der Gedankengang des Warmrufs der Bauarbeiter an die Reichsregierung — hält den Arbeitslosen und die Seinen nur

an der Grenze des Hungers.

Ernährung und Hausrat können nicht mehr ersetzt werden und irgendwelche Kulturbedürfnisse zu befriedigen, ist völlig unmöglich. Nach der im Baugewerksbund allwöchentlich durchgeführten Arbeitslosen-zählung waren im Juli 1931 von je hundert der Bundesmitglieder 55 ohne Arbeit. Das war im Verlauf dieses Jahres der niedrigste Stand. Im Januar/Februar 1931 hat das Verhältnis 75 Proz. betragen und in der zweiten Januarwoche 1932 bereits 87 Proz. Diese wenigen Zahlen bezeugen die furchtbare Tatsache, daß es

im Durchschnitt des Jahres 1931 für 68 Proz. der Mitglieder nicht einen einzigen Tag Arbeit gegeben hat.

Dabei gibt es Gelegenheit zu notwendigen und volkswirtschaftlich lohnenden Bauarbeiten in überreichem Maße. Der Zustand der Wege und Straßen erschwert vielfach den Personen- und Warenverkehr. Neue Straßen, Brücken und Kanäle könnten in vielen Fällen den Verkehr sicherer und zweckmäßiger gestalten. Ueberflutungsstautropfen beweisen immer wieder, daß Flußregulierungen, Deichbauten und Talsperren volkswirtschaftlichen Nutzen bringen könnten. Bei der Struktur der deutschen Wirtschaft müßte gerade die Neuinvestierung bedeutender Summen in Straßenbau- und wasserwirtschaftlichen Anlagen besonders geeignet sein, den Anstoß zur Wiederbelebung der Wirtschaft zu geben.

Diese Arbeiten würden Kaufkraft schaffen.

ohne daß durch die dafür geleistete Arbeit gleichzeitig neu geschaffene Konsumgüter auf den Warenmarkt bringen. Die auf diese Weise entstehende Kaufkraft würde vielmehr auf dem Warenmarkt den nötigen Raum für eine Neuingangsetzung der Konsumgüterindustrie in weitestem Sinne schaffen. Das ist besonders zu beachten; denn die Dauerkrise hat auf dem Arbeitsmarkt im Jahre 1929

ihren Ausgang deutlich erkennbar von den Konsumgüterindustrien aus genommen.

Der Bauergewerksbund verlangt von der Reichsregierung, daß unverzüglich eine großzügige Notstandsaktion in Angriff genommen wird. Kleinhausneubauten, Stadtrandneubauten und ähnliche Pläne böten nur verschwindend wenigen Arbeitern — und auch nur für eine kurze Zeit — Arbeit. Erst ein zum Arbeiten wieder erwecktes Baugewerbe lasse auch das übrige Wirtschaftsleben wieder aufatmen.

Die Folgen.

Unsere Zoll-, Lohn- und Wirtschaftspolitik schafft Elend.

Die Katastrophe auf dem Weltmarkt hat die deutsche Porzellan- und Steingutindustrie furchtlich heimgesucht. Betriebsstillegungen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit haben in dieser Industrie einen beängstigenden Umfang angenommen. Von 50 000 Porzellanarbeitern sind 20 000 arbeitslos und 14 000 arbeiten stark verkürzt; rund 50 Betriebe liegen bereits still, 6 kommen in Kürze zum Erliegen, nur 25 Werke arbeiten und auch sie nur mit außerordentlich stark verminderter Belegschaft. In der Steingutindustrie allein fiel die Belegschaftsziffer von 13 000 auf 8 000, wovon 3 000 arbeitslos und 2 500 Kurzarbeiter sind.

Die Stapselporzellanfabriken werden von den billiger produzierenden Konkurrenzländern, vor allem von Japan und der Tschechoslowakei, arg bedrängt. Noch größere Schwierigkeiten brachten die Zollerhöhungen des Auslandes. Was Deutschland kann, können auch die anderen Länder. Die Qualitätsporzellanfabriken wurden darüber hinaus noch erheblich von dem großen Kaufkraftschwund in allen Ländern betroffen. Der Absatz an Porzellan hat infolge dieser Umstände riesig nachgelassen. Im Jahre 1929 konnten noch 494 417 Doppelzentner ohne Bruch exportiert werden, 1930 nur noch 328 888 Doppelzentner und 1931 nur noch 280 989 Doppelzentner. Auch im Inland wird immer weniger abgesetzt.

In den nächsten Monaten kommen neue Schwierigkeiten durch weitere Zollerhöhungen, durch Einfuhrkontingentierungen und durch Einfuhrverbote hinzu. Schlägt du meine Butter, zerbrich ich dir das Porzellan. Außerdem droht im Inland das Zugabeverbot, dessen Durchführung noch einmal Tausenden von Porzellanarbeitern Arbeitslosigkeit bringen würde.

Die Porzellanarbeiterschaft hatte im vergangenen Jahr 32,1 Prozent Arbeitslosigkeit und 31,4 Prozent Kurzarbeit. Kein Hoffnungstrahl ist für sie sichtbar. Die einzige Stütze dieser schwergeprüften Arbeitergruppe ist ihre vorbildliche Solidarität und die Stärke ihrer gewerkschaftlichen Organisation.

Für die Eisernen Front!

Im Türkischen Saal in Charlottenburg waren gestern die Belegschaften des Arbeitsamtes Berlin-West und des Bezirksamtes Charlottenburg versammelt. Der bis auf den letzten Platz besetzte Saal in jenem Stadteil, in dem sich die Reaktion schon als Sieger zeigt, nahm einen ausgezeichneten Verlauf. Genosse Falkenberg, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, knüpfte an seine beamtenpolitischen Er-

fahrungen an und konnte so vor dem gestern in Charlottenburg versammelten Kreise bestimmte Teilfragen der Eisernen Front mit besonderer Deutlichkeit herausstellen. Er schilderte in seinem anderthalbstündigen Referat anschaulich, wie viele Beamte sich am 8. November 1918 noch als obrigkeitliche Beamte ins Bett gelegt haben und am 9. November früh als „Republikaner“ erwachten. Sie haben den Eid auf die Republik geleistet. Aber je mehr sich die Wetterfahnen über den Amtsstuben nach rechts drehen, je mehr haben sie diesen Eid vergessen.

Die Eisernen Front verlangt den ganzen Menschen. Derjenige kann kein Kämpfer für die Republik sein, der einem verschwiegen ins Ohr flüstert: „Ich bin ja auch Ihrer Meinung, aber sagen Sie es nicht meinem Kollegen!“ Wir müssen in den nächsten Monaten jede Opfer bringen. Es genügt nicht, daß wir in diese oder jene Verjammung gehen, wie auch am 8. Mai der Kampf noch nicht vorüber sein wird. Allerdings kämpfen wir mit der festen Zuversicht des Sieges. Und als am Schluß der Kundgebung die republikanischen Arbeiter, Angestellten und Beamten dieser Kreise aufstanden und in das Hoch auf die Eisernen Front einstimmten, nahm jeder das Bewußtsein des Sieges mit sich.

Der Beamtenbeirat des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs befaßte sich in seiner Sitzung am 29. Januar 1932 mit der Eingliederung der Beamten- und Angestelltenorganisationen in die Eisernen Front. Er fordert

alle Beamten und öffentlichen Angestellten

des Reichs, der Länder und der Kommunen seines Organisationsgebietes auf, sich überall aktiv an dem organisatorischen Aufbau der Eisernen Front zu beteiligen und für die finanzielle Unterstützung einzutreten. Die Errichtung der Terrorabwehrstelle beim Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes wird mit besonderer Genugtuung begrüßt, da dem unverantwortlichen Treiben der nationalsozialistischen Beamten und öffentlichen Angestellten nur durch stärksten Abwehrwillen der Republikaner begegnet werden kann.

Der Beamtenbeirat fordert die Beamten und öffentlichen Angestellten auf, sich durch keinerlei Drohungen einschüchtern zu lassen. Vielmehr ist rücksichtslos denjenigen entgegenzutreten, die als Anhänger oder Mitläufer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, entgegen ihrem geleisteten Eid auf die Verfassung und ihrer Dienstverpflichtung, abseits jeder Kollegialität, sich innerhalb der öffentlichen Verwaltung und Betriebe betätigen.

Beamte und öffentliche Angestellte, stärkt die Reichsbannerformationen, soweit ihr Arbeitssportler seid, marschiert mit in den Reihen dieser Organisationen, vergrößert durch euren Beitritt die gewerkschaftlichen Hammerschaften in den Verwaltungen und Betrieben!

Rotverordnung auf eigene Faust.

Die Bewag provoziert einen Konflikt.

Trotz einer bindenden Entscheidung des Schlichters scheint der Konflikt bei der Bewag wegen der Neuzeitsetzung der Angestelltengehälter auf Grund der 4. Rotverordnung noch nicht endgültig beigelegt zu sein. Die Direktion der Bewag hatte, wie wir bereits mitteilten, ohne vorherige Verständigung mit den Gewerkschaften die Gehälter ihrer Angestellten ab 1. Januar um 10 Proz. gekürzt. Entgegen den Bestimmungen der 4. Rotverordnung kamen dadurch die Gehälter unter den Stand vom 10. Januar 1927.

Die Gewerkschaften protestierten gegen dieses Gehaltsabbau-diktat und riefen den Schlichter an. In den Verhandlungen vor dem Schlichter vertrat die Direktion der Bewag die Auffassung, daß

Unsere diesjährige

WEISSE WOCHEN

übertrifft alle bisher dagewesenen Veranstaltungen!
Bewährte Stammqualitäten aus eigener Weberei, in Preisen unerreicht

Hemdentuch an Mtr. 18 Pf.	Küchenhandtücher weiß, rein Leinen mit bunt. Kante 58 Pf.	Taschentücher für Damen, behält 9 Pf.
Linon 130 cm Mtr. 48 Pf., 80 cm . . Mtr. 28 Pf.	Stubenhandtücher Gerstenkorn, rein Leinen . . 95 Pf.	Oberhemden weiß durchgehend, einzelne Weiten 1 50
Rohnessel 80 cm Mtr. 18 Pf.	Frottierhandtücher 44 Pf.	Oberhemden Gr. 31-34, für Jugendweihe und Einsagnung 95 Pf.
Haustuch 140 cm Mtr. 75 Pf.	Bademäntel gute Qualität 3 ⁹⁰	Künstlergardinen dreiteilig, englisch TÜLL 95 Pf.
Bettgarnituren Linon, 1 Deckb., 2 Kiss. 3 ⁷⁵	Trägerhemden für Damen 58 Pf.	Bettdecken Einbettig, englisch TÜLL . . 1 ⁹⁵
Bettlaken Dowlas 140/220 1 ⁴⁵	Achselhemden für Damen 95 Pf.	Ein Posten Halbstores gute Qualität, mod. Muster von 95 Pf.
Küchenhandtücher grau-gestreift 25 Pf.	Nachthemden für Damen, weiß 1 ⁴⁰	Vitrage engl. TÜLL, ca. 50 cm breit, Mtr. 35 Pf.

KONSUM-WARENHÄUSER

Oranienstrasse 164/65 • Reinickendorfer Strasse 21 • Frankfurter Allee 60

sie entsprechend dem Kapitel VI des 7. Teils der 4. Rotverordnung zu einer 10prozentigen Gehaltskürzung berechtigt sei. Dieser Teil der Rotverordnung ist bekanntlich die Gehälter der Beamten und Angestellten der Betriebe, deren Gesellschaftskapital zu mehr als 50 Proz. in der öffentlichen Hand ist, um 10 Proz. herunter, ohne Rücksicht darauf, ob die Gehälter dadurch unter den Stand vom 10. Januar 1927 kommen. Der Schlichter trat aber der Auffassung der Gewerkschaftsvertreter bei, daß für die Angestellten der Bewag, die seit Mai v. J. im Sinne der Rotverordnung nicht mehr ein öffentliches Unternehmen sei, der sechste Teil der 4. Rotverordnung maßgebend sei, wonach die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten der Privatindustrie um 10 bzw. 15 Proz. gesenkt werden sollen, aber nicht unter den Stand vom 10. Januar 1927. Er fällt einen entsprechenden bindenden Schiedsspruch.

Trotz dieser Entscheidung des Schlichters treibt die Bewag jedoch weiter Rotverordnungspolitik auf eigene Faust. Sie hat dem Schlichter mitgeteilt, daß sie gegen seinen Schiedsspruch Einspruch erhebe, weil sie der Meinung sei, daß der Schlichter zur Beilegung des Gehaltskonflikts unzuständig gewesen sei. Den Gewerkschaften ist von der Direktion der Bewag mitgeteilt worden, daß sie ungeachtet der Entscheidung des Schlichters weiter um 10 Proz. gekürzte Gehälter zahlen werde. In dem Schreiben an den Schlichter beruft sich die Bewag u. a. auch auf die Durchführung einer wirksamen Preissenkung, der der Schiedsspruch des Schlichters entgegenstehe. Dabei leistet gerade die Bewag den Bemühungen des Preis-Kommissars, eine Senkung der Strompreise in Berlin herbeizuführen, den stärksten Widerstand.

Mit dem sozialen Verständnis, das die Direktion der Bewag ihrem Personal gegenüber früher an den Tag legte, scheint es nach der Umwandlung dieses öffentlichen Unternehmens in eine Privatgesellschaft vorbei zu sein. Die Direktion übernimmt nicht nur die Schanzmethoden der Privatunternehmer, sondern sucht sie sogar noch zu übertrumpfen. Die Gewerkschaften werden sich mit dem Befehl der Bewag-Direktion selbstverständlich nicht abfinden, sondern im Klagewege ihr Recht auf Erfüllung des bindenden Schiedsspruchs des Schlichters durchsetzen. Die freigewerkschaftlichen Funktionäre der Bewag werden am 3. Februar zu dem provokatorischen Vorgehen der Direktion Stellung nehmen.

Starke Organisation ein fester Halt. Für Quertreiber der R.O.D. kein Feld.

Die Sektion I (Brauereiarbeiter, Böttcher, Mühlenarbeiter usw.) der Ortsgruppe Berlin des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter hielt am Sonntag im Gewerkschaftshaus ihre Jahresmitgliederversammlung ab. Auch in dieser Branche war die Tätigkeit der Sektionsleitung, wie aus dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht hervorgeht, hauptsächlich auf die Abwehr der maßlosen Abbauforderungen der Unternehmer beschränkt. Wenn es auch in keiner Berufsgruppe gelang, die Lohnabbauwünsche der Unternehmer völlig zurück zu machen, so war es doch immerhin möglich, zu verhindern, daß die Unternehmer schalteten und walteten, wie sie wollten. Ohne eine starke gewerkschaftliche Rückendeckung wäre es z. B. den Brauereiarbeitern niemals gelungen, die 40-Stunden-Woche durchzusetzen und dabei auch einen teilweisen Lohnausgleich.

Erschwert wurde die gewerkschaftliche Arbeit durch die Quertreiber der R.O.D., die zwar nicht einen einzigen Erfolg aufzuweisen hat, dafür aber um so gewöhnlicher über die angebliche Untätigkeit der Organisation herzieht. Die Bedeutungslosigkeit der kommunistischen Kräfte, die früher einmal eine außerordentliche Stellung bei den Brauereiarbeitern einnahm, hat sich am besten bei den vorjährigen Betriebsräte-wahlen. In 75 Betrieben, für die die Sektionsleitung organisatorisch zuständig ist, wurden insgesamt 276 Betriebsräte und Obleute gewählt. Davon gehören 209 dem Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter und 66 anderen freien Gewerkschaften an. Von den restlichen 31 Betriebsräten bzw. Obleuten entfällt nur einer auf die Christen, 26 (also noch nicht ganz 10 Prozent) auf die R.O.D., während 4 Unorganisierte sind.

Die Betriebseinschränkungen, Stilllegungen usw. hatten zwar eine Verminderung der Mitgliederzahl der Sektion zur Folge, aber längst nicht in dem Umfange, wie die Beschäftigungszahl in den Betrieben zurückgegangen ist. So ist z. B. allein bei Kahlbaum die Stärke der Belegschaft, die restlos frei-gewerkschaftlich organisiert war, von über 300 Betriebsangehörigen auf 57 zurückgegangen, die Zahl der Mitglieder in der gesamten Sektion jedoch nur um 450, so daß die Sektionsleitung zu Anfang dieses Jahres immer noch 6055 Mitglieder mußte.

Die Versammlung brachte ihr Einverständnis mit der Tätigkeit der Sektionsleitung dadurch zum Ausdruck, daß sie auf jede Diskussion über den Jahresbericht, den Genosse Schmied noch kurz erläuterte, verzichtete. Die alte „reformistische“ Sektionsleitung wurde einstimmig wiedergewählt.

Zu Beginn der Versammlung hielt Genosse Eggert vom ADGB einen interessanten Vortrag über den „Abwehrkampf der Gewerkschaften in der Wirtschaftskrise“, in dem er den Versammelten in anschaulicher Weise die Bedeutung der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Ereignisse der letzten Monate klar legte. Der Vortrag wurde begeistert aufgenommen.

Gewerkschaftsjugend macht Zeittheater. Ein Laienspiel-Wettstreit.

Fünf Laienspieltropen der Gewerkschaftsjugend hatten zu einem Laienspielwettstreitsabend in das Gewerkschaftshaus geladen. Was sie zeigen will, ist nicht „Theater“, sondern sind zeitkritische Szenen, die in gemeinsamer Arbeit zusammengestellt werden. Besser als theoretische Auseinandersetzungen es tun können, ließen die Aufführungen selber Zweck und Sinn dieser Laienspiele erkennen.

Eine Gruppe hatte eine „Szene auf einem Arbeits-nachweis“ gestaltet. Da ein großer Teil der Gewerkschaftsjugend seit langem dieses Risiko aus eigener Erfahrung kennt, wurde es mit naturalistischer Treue gespielt. Erschütternd, wie die jungen Menschen von heute die Dumpfheit und Stumpfheit und Verzweiflung begriffen haben, die von diesem „Nicht-Arbeiten-Dürfen“ ausströmt. Doch die jugendlichen Laienspieler wollen sich nicht in negativer Kritik erschöpfen; sie wollen Wege weisen. Die da auf den Arbeitsnachweis schimpfen und jammern und von kommunistischen Aufschreibern felsen, warten alle auf eine Besserung, zu der nicht nur sie selber nichts beitragen, sondern die sie durch ihre Interesslosigkeit, Eigenbrüterei und Zerpfütterungspropaganda immer wieder hinführen. Und die Arbeitsnachweise löst sich zum Schluß auf, um, zur Rasse geballt, das Massenbekenntnis der Solidarität wegweisend, zukunftsgläubig, zu sprechen.

Aus der Verneinung der Schäden unserer Gegenwart Schlüs-selungen zu ziehen, die zu einer Besserung werden — das war die Lehre, die die Mehrzahl der Aufführungen erteilen sollte.

„Auch einer von fünf Millionen“, auch einer von denen, die die Gesellschaft zur Arbeitslosigkeit verdammt, wurde von einer anderen Spielgruppe zum Mittelpunkt der Handlung gewählt. Dieser eine kann nur „nein“ sagen, kann nur auf offener Straße sein Gleich als einzelner zur Schau stellen. „Findet ihr, daß er richtig gehandelt hat?“ fragt der Sprecher die Spieler und Publikum, und aus dem „Nein“ der Antwort formt sich die Verheißung: „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht.“

Der Preis des Abends wurde dem Spiel des Südostkreises zuerkannt: „Nicht verzweifeln — sondern kämpfen“, das, besonders wirkungsvoll durchgearbeitet, das gleiche Thema behandelt. Die gute Sprechschulung dieser Gruppe verhalf dem schönen Spiel zu eindringlicher Wirkung. Wichtig, aber mit diesem Witz ein bißchen zu sehr an der Oberfläche haltend, war eine Parodie auf Hillers Getreue: „Das vierte Reich“. Eine Szene „Ueber-menschendämmerung im Café Größenwahn“ von Karl Ettlinger konnte, wie das Preisrichterkollegium mit einer Ausnahme feststellte, als Beispiel dienen, wie die Laienspieler es nicht machen sollten. Die Szene dürfte auf die meisten Zuschauer als mäßig interessantes, dilettantisches Theaterstück gewirkt haben. Ein Orchester der Gewerkschaftsjugend, das nicht nur mit Lust und Liebe, sondern auch mit auffallendem Können musizierte, trug zum Gelingen des Abends bei.

Neue Löhne im Fuhrgewerbe.

Der Schlichter hat dem Antrag der Branchenleitung der im Gesamtverband organisierten Arbeiter des Berliner Schmier- und Reifensfuhrerwesens entsprochen und den Lohnschießspruch des Schlichtungsausschusses vom 15. Januar für verbindlich erklärt. Damit ist den Diktaturlustigen der Fuhrunternehmer zunächst bis zum 30. April eine Schranke gesetzt. Die Löhne betragen für Chauffeure, Zugmaschinenführer und Kusscher (einschließlich der Pferdepflege) 53,96 Mark und für Arbeiter und Hilfsfahrer 50 Mark. Der Gesamtverband erwartet von seinen Mitgliedern, daß sie in allen Betrieben ihre Ansprüche auf diese Löhne geltend machen und der Branchenleitung sofort Kenntnis davon geben, falls einzelne der Fuhrherrsinnung an-geschlossene Unternehmer sich weigern sollten, die vorgehend angeführten Löhne zu zahlen.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

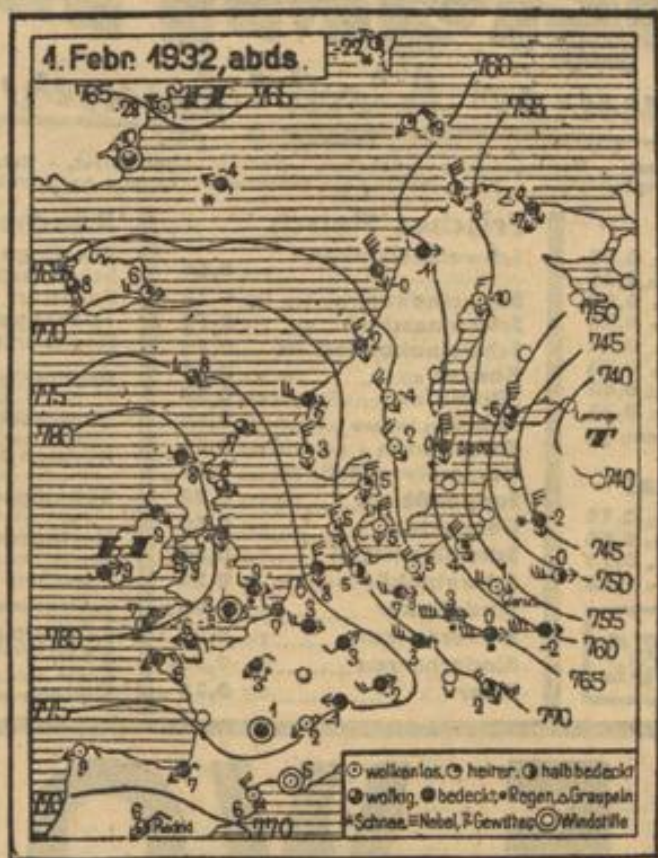
Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Köpenick: Die Besuche der Versammlung des Westbezirks. — Radweg: Dittmanns Platz, 16—19. Vortrag: Die Trade Unions in England. Referent: Kott. — Oran: Die Besuche der Versammlung des Westbezirks. — Der Sprech- und Bewegungstanz ab 20 Uhr in der Turnhalle Paruliers Straße 20. — Die Turnabende finden von 20 bis 22 Uhr in der Turnhalle Tempelhofer Ufer 20 statt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seeböckstraße 27—28, Hof 22x
Gemeindeführer: Mittwoch, 3. Februar, 20 Uhr, Schulungsausschuss der Jungfuhrer im Clubhaus. — Wedding (Ortsverein). Dienstag, 2. Februar, 19 Uhr, Begehung für Jungbau und Nachwuchs im Stadthaus Wedding. Kleine Halle, Gerichtstr. 63—64. — Kreuzberg-Bez. Vortrag, Mittwoch, 3. Februar, 19 Uhr, Begehung im Jugendheim Berkastr. 29. — Prenzlauer (Ortsverein). Gemütliche Kameradschaftsversammlungen für heute Abend fallen aus. Termin wird noch bekanntgegeben.

Vollzeitpostbezirk Berlin e. G., Abteilung Einheitsantragsstelle. Regelmäßige Abgabetermine jeden Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 19½ bis 21½ Uhr, auch für Briefe, im Vollzeitpostgebäude, Hannoverstraße Str. 28/29, 2. Stock, Zimmer 12. Empfänger-, Fortbildungs- und Rekrutierungsbüro. Der nächste Antragskursus beginnt am 3. Februar. Schluß für den ganzen Lehrgang 3. März für Mitglieder.
Eisenbahnerverband Berlin. Mittwoch, 3. Februar, 20 Uhr, Vortrag: Museum, Seeböckstr. 12. Besondere Vorträge: Deutsch — Spanisch — Italienisch.
Kameradschaft der Arbeiter der Reichsbanner e. G., Ortsgruppe Kreuzberg-Bez. Mitgliederversammlung 20 Uhr bei Schneider, Steinstraße 22. — Ortsgruppe Prenzlauer, Sitzung am Mittwoch, dem 3. Februar, 20 Uhr, im Restaurant zum „Prater“, am Rotenbuser Tor, Rotenbuser Str. 28.

Allgemeine Wetterlage.



Ueber den Britischen Inseln liegt immer noch der Kern eines umfangreichen Hochdruckgebietes. Eine Depression befand sich am Sonntagabend über dem nördlichen Skandinavien. Ihr Kern liegt jetzt über Westrußland. Die Depression ließ auf ihrer Westseite zunächst milde ozeanische Luftmassen nach Mitteleuropa strömen, so daß die Temperaturen bis auf 7 Grad Wärme steigen konnten. Ueber Skandinavien sind aber in breitem Strome kältere polare Luftmassen nach Süden geströmt. Sie haben Norddeutschland am Montagabend erreicht. Noch kältere Luft folgt von Norden her nach. Im Bereich der Kaltluft herrscht vielfach heiterer Himmel. Da aber bei Island erneut Warmluft erschienen ist, die um das Hoch herum fließen dürfte, ist später wieder mit Wetterverschlechterung zu rechnen.

Wetterausichten für Berlin. Noch etwas veränderlich, vorübergehend Neigung zu leichten Schauern, sinkende Temperaturen, nordwestliche bis nördliche Winde. — Für Deutschland. In Südwestdeutschland noch keine merkliche Änderung; im übrigen Reich veränderlich und namentlich im Nordosten Schauer, Temperaturen sinkend.

Warum Rauchverbot?

Im Jahre 1753 wurde von der damaligen Regierung ein Edikt erlassen, das allen Bürgern des Landes das Tabakrauchen untersagte!

Heute ist die Mehrzahl der Raucher gezwungen, sich aus Ersparnisgründen mehr und mehr ein „Rauchverbot“ aufzuerlegen! — Ist das nun noch nötig, sich einen solchen Genuß zu versagen, nachdem wir die neue Serie der 5 L & W-Zigarren zu 10 Pf. geschaffen haben?

- Nummer 10** 10 Pf.
Die Zigarre mit dem ausgeglichenen Aroma, Originalgröße: 10,5 cm
- Delgado** 10 Pf.
Restposten einer 15-Pf.-Zigarre. Originalgröße: 11,3 cm
- L & W-Riesen** 10 Pf.
Ein „Riese“ in Format und Qualität. Originalgröße: 12,2 cm
- Matador** 10 Pf.
Eine Havana für diesen Preis (!). Originalgröße: 11,2 cm
- Rekord** 10 Pf.
Eine Rekordleistung in dieser Preislage. Originalgröße: 11 cm

Mit dieser neuen 10-Pf.-Serie, die jedem Raucher in jeder Geschmackrichtung seine Zigarre bietet, befreien wir Sie von jeder freiwillig auferlegten Einschränkung:

Wir verhindern ein „Rauchverbot“



mit der größten Fabrikationserfahrung

